

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/9398 –**

### **Aufwachsen in Ostdeutschland**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Auch über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland in unzähligen Bereichen. Der Wiedervereinigung im Jahr 1990 folgten mit dem Zusammenbruch der Wirtschaftsstrukturen neben Massenarbeitslosigkeit, Verarmung und dem Rückbau öffentlicher Infrastruktur und zum Teil ganzer Stadtteile zahlreiche demografische Verwerfungen bestehend aus rücklaufenden Geburtenzahlen und Abwanderung überwiegend junger Menschen. Kaum eine Darstellung wirtschaftlicher oder sozialer Kennzahlen im Ländervergleich lässt den ehemaligen Grenzverlauf nicht auf den ersten Blick erkennen. Neben einigen positiven Ausreißern, etwa bei der Betreuungsquote bei Kindern oder der Erwerbstätigkeitsquote bei Frauen, belegen die allermeisten Daten weiterhin Aufholbedarf für die ostdeutschen Bundesländer. Sei es für das Pro-Kopf-Einkommen oder den durchschnittlichen Stundenlohn (vgl. [https://de.statista.com/statistik/daten/studie/207076/umfrage/gesamtwirtschaftliche-daten-von-ost-und-westdeutschland-im-vergleich/#:~:text=Die%20Statistik%20zeigt%20gesamtwirtschaftliche%20Daten,435%2C6%20Milliarden%20Euro.](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/207076/umfrage/gesamtwirtschaftliche-daten-von-ost-und-westdeutschland-im-vergleich/#:~:text=Die%20Statistik%20zeigt%20gesamtwirtschaftliche%20Daten,435%2C6%20Milliarden%20Euro.))) und die Arbeitslosenquote (vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/915315/umfrage/arbeitslosenquote-in-west-und-ostdeutschland/>). Wenig überraschend ist die Zahl derjenigen, die in den vergangenen Jahrzehnten von Ost nach West abwanderten, erheblich höher als die umgekehrte Bewegung (vgl. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/Aspekte/demografie-bevoelkerungsentwicklung-ost-west.html#:~:text=Im%20Zeitraum%20von%201991%20bis,den%20Osten%20in%20Richtung%20Westdeutschland.>).

Die wirtschaftliche und soziale Situation in Ostdeutschland hat direkte Folgen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Finanziell schlecht ausgestattete Kommunen müssen an Angeboten für Kinder und Jugendliche sparen (vgl. <https://www.welt.de/wirtschaft/article242646257/Inflation-und-Energiekrisen-Klamme-Staedte-Es-wird-dunkel-auf-Deutschlands-Strassen.html>). Um Freizeitangebote wahrnehmen zu können oder die Schule zu besuchen, müssen weitere Wege zurückgelegt werden, wozu man wiederum auf einen gut ausgebauten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) angewiesen ist. Durch die schlechtere Arbeitsplatzsituation lässt sich zudem eine negativere Einschätzung der eigenen Zukunftsperspektive vermuten. Dass die schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse auch als solche empfunden werden, belegen

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland vom 5. Dezember 2023 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

auch Untersuchungen, die Jugendliche in den neuen Bundesländern als „erheblich unzufriedener, was ihre soziale Sicherheit, ihre finanzielle Lage sowie ihre politischen Einflussmöglichkeiten angeht“ (vgl. [https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-23670-0\\_65-1](https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-23670-0_65-1)) identifizieren. Um sich den zahlreichen Herausforderungen adäquat stellen zu können, halten die Fragestellerinnen und Fragesteller es für unerlässlich, ein umfassendes Bild der aktuellen Situation zu zeichnen.

1. Wie stellt sich die demografische Entwicklung in Ostdeutschland seit 1990 dar, insbesondere in Bezug auf die Altersstruktur und den Anteil junger Menschen (bitte sowohl für Ostdeutschland insgesamt als auch für die einzelnen Bundesländer angeben)?

Welche signifikanten Unterschiede sind hierbei zwischen städtischem und ländlichem Raum in Ostdeutschland festzustellen?

2. Wie hat sich die Zahl junger Menschen in Ostdeutschland seit 1990 entwickelt (bitte für Ostdeutschland insgesamt, als auch aufgeschlüsselt nach Bundesländern und in Gruppen von 0 bis 6, 7 bis 12, 13 bis 18, 19 bis 25 Jahren angeben)?

Die Fragen 1 und 2 werden gemeinsam beantwortet.

Es wird auf die anliegende Tabelle verwiesen,\* die die Altersstruktur und den Anteil junger Menschen nach Zahlen und prozentualen Anteilen, sowohl für Ostdeutschland insgesamt einschließlich Berlin als auch für die einzelnen Bundesländer gesondert nach den Altersgruppen null bis sechs, sieben bis 12, 13 bis 18, 19 bis 25, darstellt.

Unterschiede zwischen dem städtischen und ländlichen Raum in Ostdeutschland werden dabei entsprechend der Besiedlungsdichte „dicht besiedelt“, „mittlere Besiedlungsdichte“ sowie „gering besiedelt“ ausgewiesen. Bevölkerungsdaten hierzu liegen nur für die Jahre 2011 bis 2022 vor, nicht jedoch für die Jahre 1990 bis 2010.

Die Fortschreibung der Bevölkerungszahlen von 1990 bis 2010 in Ostdeutschland basiert auf einem Auszug des zentralen Melderegisters der DDR zum 3. Oktober 1990. Ab 2011 werden die Bevölkerungszahlen für das gesamte Bundesgebiet auf Basis des Zensus 2011 fortgeschrieben.

Methodische Informationen zur Bevölkerungsfortschreibung sind im Qualitätsbericht des Statistischen Bundesamtes verfügbar. Dieser ist abrufbar unter:

[https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/bevoelkerungsfortschreibung-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Methoden/Qualitaet/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/bevoelkerungsfortschreibung-2022.pdf?__blob=publicationFile).

3. Welche Auswirkungen hat die Unterjüngung Ostdeutschlands auf den Arbeitsmarkt?

Gibt es spezifische Maßnahmen oder Programme, die von der Bundesregierung ergriffen wurden, um die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen zu verbessern?

Aufgrund der jahrzehntelangen Abwanderung seit Beginn der 1990er Jahre weisen die ostdeutschen Flächenländer bereits heute einen Altenquotient auf, der in Westdeutschland voraussichtlich erst Anfang der 2030er Jahre erreicht wird. Die prognostizierten Neuzugänge auf den Arbeitsmarkt fallen dadurch deutlich niedriger aus. Während die Erwerbsbevölkerung im Alter von 20 bis

\* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 20/9749 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

27 Jahren deutschlandweit bis 2030 im Durchschnitt um 3,1 Prozent zurück geht, ist Ostdeutschland mit einem Rückgang von 6,7 Prozent deutlich stärker betroffen als Westdeutschland.

Durch die sogenannte Ausbildungsgarantie, die mit dem am 20. Juli 2023 verkündeten Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung (kurz: Aus- und Weiterbildungsgesetz) geschaffen wurde, werden perspektivisch auch die Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen in Ostdeutschland verbessert (vgl. auch Antwort zu Frage 41). Darüber hinaus stehen verschiedene ausbildungsvorbereitende und begleitende Förderinstrumente, wie z. B. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierungen und Assistierte Berufsausbildung, zur Verfügung, um junge Menschen – auch in Ostdeutschland – am Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen.

4. Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Unterjüngung für das Bildungssystem in Ostdeutschland?

Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung ergriffen, um die Qualität der Bildung und Ausbildung junger Menschen in der Region zu gewährleisten?

Für die schulische Bildung sind nach der föderalen Ordnung die Länder und ihre Kommunen zuständig. Soweit der Bund die Länder bei dieser Aufgabe unterstützt, kommt diese Unterstützung stets allen Ländern zugute.

So stehen mit dem DigitalPakt Schule Mittel bereit, um digitale Infrastrukturen im Schulsystem zu schaffen. Länder und Schulträger werden damit beim flächendeckenden Auf- und Ausbau einer zeitgemäßen digitalen Bildungsinfrastruktur unter dem Primat der Pädagogik unterstützt.

Ziel des Investitionsprogramms zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote ist nicht nur die Zahl der Betreuungsangebote zu erhöhen, sondern auch die Qualität der Angebote zu verbessern. Womit die Förderung in Ostdeutschland insbesondere darauf abzielt, die vorhandenen Betreuungsangebote attraktiver zu machen.

Das Startchancen-Programm ist ein zentraler Hebel für ein leistungsfähigeres Bildungssystem und für mehr Chancengerechtigkeit an den Schulen Deutschlands. Übergänge in Ausbildung und Beruf oder in das Übergangssystem werden im Startchancen-Programm besonders berücksichtigt.

In der Initiative Bildungsketten arbeiten Bund, Länder und BA eng mit dem Ziel zusammen, dass jungen Menschen der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf möglichst reibungslos gelingt. Hierzu stimmen die Akteure ihre unterschiedlichen Förderinstrumente in der beruflichen Bildung sowie am Übergang Schule-Beruf strukturiert und kohärent aufeinander ab. Das Programm „Bildungskommunen“ fördert wichtige Innovationen in kommunalen Bildungssystemen. Es strahlt auf zahlreiche zentrale Zukunftsbereiche aus wie die digitale Bildung, den Ausbau des Ganztags, den Abbau von Bildungsbarrieren oder die Sicherung der Fachkräftebasis und gibt den Kommunen in Ostdeutschland ein Instrument zur Modernisierung ihrer Bildungslandschaft an die Hand.

In der Förderrichtlinie „Kulturelle Bildung in ländlichen Räumen“ werden Vorhaben gefördert, die kulturelle Bildung in unterschiedlichen Disziplinen erforschen. Besondere Aufmerksamkeit wird Regionen zuteil, die als „sehr peripher“ eingestuft werden. Von großer Bedeutung ist in diesem Rahmen der aktive Einbezug von lokalen Akteuren in ländlichen Bereichen.

5. Inwiefern beeinflusst die Unterjüngung in Ostdeutschland die soziale Infrastruktur, wie zum Beispiel das Gesundheitssystem, die Pflegeeinrichtungen und die soziale Unterstützung für ältere Menschen?

Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Im ländlichen Raum steht die Gesundheitsversorgung durch den demografischen Wandel, die Zunahme der Multimorbidität und die Abwanderung in Städte vor besonderen Herausforderungen. Dies gilt insbesondere für die ostdeutschen Bundesländer, die von diesen Herausforderungen besonders betroffen sind. Während 1990 die Bevölkerung im Osten im Schnitt jünger als im Westen war, hat sich dieses Verhältnis mittlerweile umgekehrt. 2021 war im Osten der Anteil der unter 20-Jährigen mit 17 Prozent geringer als im Westen mit fast 19 Prozent. Zugleich war im Osten der Anteil der ab 65-Jährigen mit 27 Prozent höher als im Westen (22 Prozent) (Quelle: Statistisches Bundesamt Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2021). Durch die älter werdende Bevölkerung steigt der Bedarf an gesundheitlicher und pflegerischer Versorgung. Gleichzeitig wird sich der Fachkräftemangel in den nächsten Jahren – gerade auch in den ostdeutschen Bundesländern – aufgrund der demografischen Entwicklung und dem damit verbundenen Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weiter vergrößern. Um den Herausforderungen im Rahmen der Fachkräftesicherung zu begegnen, arbeitet das Bundesministerium für Gesundheit auf Grundlage der branchenübergreifenden Fachkräftestrategie der Bundesregierung aktuell an einer auf den Gesundheits- und Pflegebereich bezogenen Fachkräftestrategie. Ziel ist, dass in den Gesundheits- und Pflegeberufen eine steigende Anzahl qualifizierter und motivierter Menschen tätig ist. Zudem hat die Bundesregierung zur Eindämmung des Fachkräftemangels, insbesondere auch im Gesundheitswesen, bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen, um die gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Hierzu gehören insbesondere verschiedene Initiativen zur Steigerung der Attraktivität der Gesundheits- und Pflegeberufe. Die faire und ethische Anwerbung von Gesundheitsfachkräften aus Drittstaaten sowie deren Integration ergänzt die Strategien zur Steigerung der inländischen Potentiale.

Für die Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen und eigenverantwortlich wirtschaftenden Krankenhäusern sind ausschließlich die Länder zuständig. Die Länder sind für die Sicherstellung der bedarfsgerechten stationären Versorgung der Bevölkerung im Rahmen der Krankenhausplanung zuständig. In ihren Krankenhausplänen haben die Länder die Versorgungsangebote im stationären Bereich unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Versorgungsbedarfs und des demografischen Wandels in den einzelnen Regionen angemessen weiterzuentwickeln und dem besonderen Versorgungsbedarf einer älter werdenden Bevölkerung Rechnung zu tragen. Bund und Länder verhandeln derzeit über eine Krankenhausstrukturreform, die den genannten Bedarfen Rechnung trägt.

Hinsichtlich der ambulanten ärztlichen Versorgung hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) die Aufgabe, bei der Ermittlung der Verhältniszahlen (Verhältnis Ärztinnen und Ärzte zu Einwohnerinnen und Einwohner) sowohl die bundesweite Entwicklung der Alters- und Geschlechtsstruktur im Zeitverlauf als auch die regionale Verteilung von Alter, Geschlecht und Morbiditätslast zu berücksichtigen. Demnach spiegelt sich der (regional) höhere Bedarf einer älteren und statistisch kränkeren Bevölkerung an ambulanter ärztlicher Versorgung in der Bedarfsplanungsrichtlinie des G-BA wieder. Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztliche Bundesvereinigung haben den Sicherstellungsauftrag für die ambulante ärztliche Versorgung und müssen damit alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um diese vor Ort zu gewährleisten.

Zudem sind weitere gesetzliche Weichenstellungen geplant. Um die Gestaltungsspielräume in der Kommune zu stärken, soll es Kreisen und kreisfreien Städten künftig möglich sein, Gesundheitskioske zu errichten, sich in Primärversorgungszentren zu engagieren und Gesundheitsregionen zu etablieren. Durch diese erweiterten Möglichkeiten, eine bedarfsorientierte gesundheitliche Versorgung zu gestalten, wird die Situation der Patientinnen und Patienten vor Ort zusätzlich verbessert.

Im Pflegeversicherungsrecht wird die pflegerische Versorgung der Bevölkerung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert. Die Länder, die Kommunen, die Pflegeeinrichtungen und die Pflegekassen wirken unter Beteiligung des Medizinischen Dienstes eng zusammen, um eine leistungsfähige, regional gegliederte, ortsnahe und aufeinander abgestimmte ambulante und stationäre pflegerische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Länder sind im Besonderen verantwortlich für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur und bestimmen das Nähere zur Planung und zur Förderung der Pflegeeinrichtungen durch Landesrecht.

Ältere Menschen sind häufig auf soziale Unterstützung angewiesen. Die Unterjüngung kann die Verfügbarkeit solcher Unterstützungssysteme einschränken, da weniger junge Menschen vorhanden sind, um diese Dienste zu unterstützen. Dies kann zu Isolation und einem Mangel an sozialer Interaktion für ältere Menschen führen. Im Bereich der sozialen Infrastruktur ist es das Ziel des "Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander" mithilfe der bundesweit aktuell rund 530 Mehrgenerationenhäuser (MGH) zu guten Entwicklungschancen und fairen Teilhabemöglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen beizutragen und damit gleichwertige und bessere Lebensverhältnisse in allen Gebieten Deutschlands zu schaffen. Das Bundesprogramm ist ausgerichtet auf die Stärkung der Kommunen bei der Gestaltung des demografischen Wandels, der sozialen Daseinsvorsorge und Sicherstellung der sozialen Infrastruktur. Aktuell finden sich in Ostdeutschland 154 MGH (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Berlin).

6. Welche Initiativen oder Förderprogramme wurden von der Bundesregierung implementiert, um die Unterjüngung in Ostdeutschland anzugehen und die Lebensbedingungen junger Menschen in der Region zu verbessern?

Die Bundesregierung nimmt Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende der gesamten Bundesrepublik in den Blick und nimmt grundsätzlich keine geographische Unterteilung vor. Für die Herstellung von guten Lebensbedingungen ist es entscheidend, dass junge Menschen und ihre Familien im Alltag unterstützt werden und sie sich mit ihren Anliegen gehört fühlen.

Zur Unterstützung im Alltag setzt sich die Bundesregierung für den Ausbau und die Qualitätssicherung in der Kindertagesbetreuung sowie im schulischen Ganztag ein. Mit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes 2013 wurde der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag gesetzlich verankert. Zudem unterstützt der Bund Länder und Kommunen mit den Bundesinvestitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“. Seit 2008 konnten so insgesamt 5,4 Mrd. Euro für den bundesweiten Kita-Ausbau bereitgestellt werden. Neben dem 4. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ läuft aktuell noch das 5. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2020 – 2021“ (weitere Ausführungen dazu finden sich in der Antwort zu Frage 38).

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter unterstützt die Teilhabe von Kindern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben sowie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Verlässliche Kinderbetreuung und kindgerechte Bildungs- und Betreuungsangebote sind für junge Familien zudem ein wichtiger Standortfaktor.

Jugendverbände bieten jungen Menschen einen Rahmen, um sich einzubringen und sich ehrenamtlich zu engagieren. Dabei orientiert sich die Arbeit der Jugendverbände in Ostdeutschland, insbesondere auch in ländlichen Gebieten, an den konkreten Bedürfnissen der jungen Menschen vor Ort. Wichtige Themen dabei sind Mobilität, Bildung und Ausbildung sowie digitale Infrastruktur und Ehrenamtsförderung.

Die Politische Kinder- und Jugendbildung stellt einen wichtigen Bereich der außerschulischen Bildung in Ostdeutschland dar. Sie verfolgt das Ziel, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, demokratisches Bewusstsein zu festigen und Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Die Tätigkeit der Jugendverbände bzw. die Träger der politischen Bildung werden aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans vom Bund gefördert. Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) ist mit sieben Standorten in den ostdeutschen Bundesländern vertreten. Ein Schwerpunkt der politischen Bildung der et ist die Etablierung einer jugendgerechten Gesellschaft. Das Projekt „#vonwegenanders – Jugendpolitik Ost“ setzt sich z. B. mit den jugendpolitischen Bedingungen in den ostdeutschen Bundesländern auseinander und unterstreicht die Notwendigkeit verstärkter struktureller Förderung von Kinder- und Jugendarbeit.

Außerdem leistet die Jugendstrategie der Bundesregierung und deren Weiterentwicklung durch den Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung einen wesentlichen Beitrag, die Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebenen nachhaltig zu verbessern. Um junge Menschen in den Strukturwandelprozess der Kohleregionen einzubinden und ihre Sichtweisen stärker zu berücksichtigen, fand beispielsweise im November 2021 in Halle (Saale) im Rahmen der Jugendstrategie der Planathon „Jugend gestaltet Strukturwandel“ statt (Informationen finden sich dazu auch hier: <https://jugendpolitikberatung.de/planathon/>).

Mit dem Bundesprogramm „Das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Entwicklung“ fördert das BMFSFJ 2023 Projekte von und für Kinder und Jugendlichen. Gut ein Viertel der bewilligten Projekte wird in Ostdeutschland umgesetzt. Das Umsetzen eigener Ideen und das Übernehmen von Verantwortung in der eigenen Lebenswelt können dazu beitragen, dass sich junge Menschen auch zukünftig in ihrer Region einbringen und Verantwortung übernehmen.

Das im „Bundesprogramms Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ enthaltene Handlungsfeld „Jugendgerechte Gesellschaft“ unterstützt mit Angeboten wie Jugendparlamenten und Jugendsozialarbeit, dass Kommunen für junge Menschen attraktiv bleiben. Mehrgenerationenhäuser tragen mit ihren Angeboten dazu bei, dass Jugendliche mit ihren Bedürfnissen gehört werden, mitgestalten können und sich nachhaltig vor Ort verwurzeln.

Das Modellprojekt „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“ (Laufzeit: 2021 bis 2024) zielt auf eine strategische Gestaltung des demografischen Wandels auf kommunaler Ebene ab, auch um einer Unterjüngung entgegenzuwirken. Den inhaltlichen Fokus des Modellprojekts bildet die Frage nach konkreten Halte- bzw. Anziehungsfaktoren für strukturschwache Kommunen und die Stärkung kommunaler Identität zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Es werden kommunale Demografiestrategien entwickelt und bei deren Umsetzung in kommunale Projekte Menschen in allen Lebensphasen

adressiert. Dabei werden auch gezielt Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Blick genommen. Partizipative Instrumente wie Jugendbeiräte aggregieren dabei die Interessen junger Menschen und bringen sie in den kommunalpolitischen Aushandlungsprozess ein.

Mit dem Engagementwettbewerb „machen!2023“ zeichnete der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland gemeinsam mit der Deutschen Stiftung für Ehrenamt 30 Projektideen in Ostdeutschland aus, die Kindern und Jugendlichen neue Perspektiven bieten, Angebote in Freizeit sowie schulischer, kultureller und politischer Bildung schaffen und die Selbstwirksamkeit stärken. Insgesamt wurden dafür Preisgelder in Höhe von 164.000 Euro ausgereicht.

7. Wie bewertet die Bundesregierung die langfristigen wirtschaftlichen Auswirkungen der Unterjüngung in Ostdeutschland?

Gibt es Pläne oder Strategien der Bundesregierung, um die Wirtschaftsentwicklung in der Region gezielt zu fördern und Investitionen anzuziehen?

Die demografische Entwicklung in Ostdeutschland stellt die künftige Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften vor große Herausforderungen. Mit dem Renteneintritt starker Geburtsjahrgänge wird auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt der Ersatzbedarf für Fachkräfte in vielen Wirtschaftsbereichen und der öffentlichen Verwaltung weiter wachsen. Durch die Transformation der Wirtschaft zur Klimaneutralität entstehen in Ostdeutschland derzeit neue zukunftsträchtige Beschäftigungsmöglichkeiten und damit weitere Fachkräftebedarfe insbesondere im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Wasserstoffwirtschaft sowie in der Mikroelektronik und im Automobilbau. Neuansiedlungen von großen internationalen Technologieunternehmen in Ostdeutschland verstärken den Fachkräftebedarf zusätzlich. Damit die Verknappung an Fachkräften das Wachstumspotenzial der Wirtschaft nicht gefährdet, unterstützt die Bundesregierung mit dem Maßnahmenpaket ihrer Fachkräftestrategie die Anstrengungen der Betriebe und Unternehmen, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Dazu zählen u. a. das Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung (mit Ausbildungsgarantie und Qualifizierungsgeld) sowie das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung.

In Deutschland sind in erster Linie die Länder und Kommunen selbst für ihre Entwicklung zuständig. Die Bundesregierung wirkt etwa im Rahmen der nationalen und europäischen Regionalpolitik an der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen mit, insbesondere wenn dies zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet erforderlich ist. Von besonderer Bedeutung auch für die ostdeutschen Regionen ist dabei die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Sie ist das zentrale Instrument der Regionalpolitik in Deutschland und wurde in der 20. Legislaturperiode bereits sehr weitreichend von der Bundesregierung und den Ländern reformiert. Die wichtigsten Zielsetzungen des Programms seit Inkrafttreten des neuen GRW-Koordinierungsrahmens zum 1. Januar 2023 bestehen nicht mehr nur darin Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, sondern insbesondere auch in der Verbesserung von Standortbedingungen in strukturschwachen Regionen ebenso wie der Erhöhung der Einkommen und der Beschleunigung von Transformationsprozessen hin zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft. Ostdeutschland gilt im Sinne der Kriterien der GRW weiterhin flächendeckend als strukturschwach. Die ostdeutschen Regionen werden daher vollständig im Rahmen der GRW gefördert. Die aktuelle GRW-Förderung stellt stärker als bisher auf die Stärkung der Produktivität und Wertschöpfungsketten in den Regionen sowie der Grundlagen für eine eigenständige Regionalentwicklung ab. Es wurden zudem erleichterte Fördervoraussetzungen für klimafreundliche Inves-

tionen sowie für forschungsintensive Unternehmen geschaffen und die Möglichkeiten zur Förderung von Umweltschutzinvestitionen, mit denen Unternehmen über nationale oder EU-Normen hinausgehen, erweitert. Auch bei der Förderung kommunaler Infrastruktur bietet die reformierte GRW bessere Anreize für nachhaltige und klimafreundliche Investitionen. Erstmals können auch Maßnahmen der regionalen Daseinsvorsorge mit klarem Wirtschaftsbezug unterstützt werden, sofern sie zur Steigerung der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaftsstruktur beitragen. Darüber hinaus wurden neue Anreize in das Regelwerk zur GRW aufgenommen, um der Einhaltung der Tarifbindung von Unternehmen und Arbeitsplätzen mit guter Entlohnung in strukturschwachen Regionen zusätzlichen Rückenwind zu geben.

Mit dem Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen wurden über 20 Förderprogramme des Bundes aus sieben Ressorts und sechs Förderbereichen erstmals unter einem gemeinsamen Dach gebündelt. Die Regionen mit Aufholbedarf erhalten ein umfassendes Unterstützungsangebot. Gefördert werden Investitionen, Innovationen, Gründungen, Fachkräfteinitiativen, Breitband und digitale Entwicklung, städtebauliche Entwicklungen bis hin zu sozialen Themen. Das Gesamtdeutsche Fördersystem deckt damit wesentliche Rahmenbedingungen für die regionale Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Einkommen ab.

Diese Maßnahmen werden durch die allgemeinen mittelstandspolitischen Maßnahmen zur Entlastung und Förderung ergänzt. Hier setzt das breite Förderangebot von der KfW aus ERP-Mitteln an, das sowohl Existenzgründungen und Wachstumsinvestitionen finanziert als auch bei der Umsetzung von Innovations- oder Digitalisierungsprojekten wirksam unterstützt.

Die Germany Trade and Invest – GTAI ist auf Bundesebene Anlaufstelle für ausländische Unternehmen, die sich über Investitionsmöglichkeiten informieren möchten. Die GTAI begleitet ausländische Investoren vom Markteintritt bis zur Ansiedlung in Deutschland. Neben der Stärkung des Images des deutschen Standortes legt die GTAI einen regionalen Fokus auf Regionen im Strukturwandel sowie auf vom Kohleausstieg betroffene Gebiete.

Investitionen in ostdeutschen Regionen werden auch im Rahmen der deutschen und europäischen Politik zur Sicherung der Energieversorgung oder der technologischen Souveränität und damit auch der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit der Standorte angestoßen. Beispiele sind die LNG-Versorgung, das zukünftige Wasserstoffkernnetz oder die Important Projects of Common European Interest Projekt (IPCEI). So wurde im Rahmen des bereits 2018 gestarteten Mikroelektronik (IPCEI ME) die Errichtung einer Halbleiterfertigung der Robert Bosch Semiconductor Manufacturing GmbH in Dresden unterstützt. Die neue Halbleiterfabrik wird mit der Entwicklung leistungsstarker, energiesparender und kostengünstiger Halbleiterlösungen dazu beitragen, die Mikrotechnologie als Schlüsseltechnologie in Deutschland und Europa zu stärken und damit den digitalen und grünen Wandel zu ermöglichen. Weitere IPCEI wurden in den Bereichen Batteriezellfertigung und Wasserstofftechnologien gefördert. Ostdeutschland ist dabei gut beteiligt. Von den 35 deutschen IPCEI-Wasserstoffprojekten befinden sich 11 ganz oder teilweise in ostdeutschen Bundesländern.

8. Welche Rolle spielt die Bundesregierung bei der Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen in Ostdeutschland, um den Herausforderungen der Unterjüngung entgegenzuwirken?

Bund, Länder und Kommunen arbeiten im Rahmen der regulären Beteiligungs- und Gesetzgebungsverfahren eng zusammen, um den demografischen Herausforderungen gerecht zu werden. Zugleich findet ein regelmäßiger Austausch

der Bundesregierung mit der Ministerpräsidentin und den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Bundesländer statt. Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland trifft sich zudem mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ostdeutscher Städte, um die allgemeine politische Lage zu erörtern.

Zudem findet in allen Feldern der Kinder- und Jugendpolitik eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Bund und Ländern statt, beispielsweise im Rahmen der Jugend- und Familienministerkonferenzen. Hinzu kommt ein intensiver Austausch mit der Fachszene, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Verbänden und den Kommunen.

Auch in Modellvorhaben wie beispielsweise der „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“ (siehe Antwort auf Frage 6), welches darauf abzielt, den demografischen Wandel auf kommunaler Ebene strategisch zu gestalten, werden kommunale Demografiestrategien entwickelt und bei deren Umsetzung in kommunale Projekte Menschen in allen Lebensphasen adressiert; dabei werden auch gezielt Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien in den Blick genommen.

9. Welche weiteren Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die negativen Auswirkungen der Unterjüngung in Ostdeutschland zu mildern und die Perspektiven junger Menschen in der Region zu stärken?

Der Koalitionsvertrag sieht vor, dass die Bundesregierung die Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland stärken wird. Mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Änderung des Grundgesetzes soll das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre gesenkt werden.

Siehe zur Jugendstrategie und zum Nationalen Aktionsplan Kinder- und Jugendbeteiligung auch die Ausführungen in der Antwort zu Frage 6.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Situation der Infrastruktur und Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland im Vergleich zu anderen Regionen des Landes?

Die Bundesregierung nimmt Kinder- und Jugendliche sowie auch junge Heranwachsende der gesamten Bundesrepublik in den Blick und kann hier keine geographische Unterteilung vornehmen. In Deutschland leben 22 Millionen junge Menschen vom ersten Lebensjahr bis zum 27. Geburtstag (Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gemäß § 7 SGB VIII). Sie wachsen unter verschiedenen Bedingungen auf, haben vielfältige Interessen, gehen unterschiedliche Wege und haben deswegen unterschiedliche Bedarfe. Kinder benötigen vor allem Bildung, Betreuung, Erziehung und Schutz, während die Kernherausforderungen der Lebensphase Jugend im 15. Kinder- und Jugendbericht treffend mit Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung beschrieben sind.

Aufgabe des Bundes ist es, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, vor allem mit dem SGB VIII und dem Jugendschutzgesetz. Zudem setzt der Bund fachliche Impulse, z. B. mit Bundesprogrammen und Modellprojekten. Darüber hinaus fördert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zahlreiche Verbände, Fach- und Jugendorganisationen mit dem Kinder- und Jugendplan.

Im Bereich der Kindertagesbetreuung bestehen – bedingt durch historisch unterschiedliche Traditionen – strukturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland fort. So bestehen in den ostdeutschen Bundesländern tendenziell deutlich höhere Betreuungsquoten als in den meisten westdeutschen Bundesländern. Zum Stichtag 1. März 2022 lag die Betreuungsquote bei Kindern

im Alter unter drei Jahren in Ostdeutschland um 21,5 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland. Zudem sind die Öffnungszeiten und Qualifizierungsniveau der Fachkräfte in Ostdeutschland überdurchschnittlich. Hingegen sind die Personal-Kind-Schlüssel in den ostdeutschen Bundesländern durchschnittlich ungünstiger als in den meisten westdeutschen Bundesländern. Dementsprechend weisen die Länder unterschiedliche Entwicklungsbedarfe in der frühkindlichen Bildung auf.

Zur aktuellen Situation der Infrastruktur und Daseinsvorsorge wird auf die Antworten zu den Fragen 5, 19 bis 30, 33 bis 35 und 37 verwiesen.

11. Welche spezifischen Bereiche der Infrastruktur, wie beispielsweise Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Sportanlagen oder Gesundheitsversorgung für Kinder, weisen in Ostdeutschland besonders große Defizite auf?

Die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung obliegt gem. § 75 SGB V den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). In Ostdeutschland hat der Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen für die Fachgruppe Kinder- und Jugendmedizin im KV-Bereich Thüringen einen Planungsbereich (PB) mit Unterversorgung und einen PB mit drohender Unterversorgung festgestellt, sowie im KV-Bereich Sachsen zwei PB mit drohender Unterversorgung. Zudem wurde auch in der Fachgruppe Kinder- und Jugendpsychiatrie im KV-Bereich Thüringen ein Planungsbereich mit Unterversorgung festgestellt (Quelle: Bedarfsplanungsdaten der KBV, Stand: 31.12.2022).

Hinsichtlich der Sicherstellung einer flächendeckenden stationären Versorgung wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Dieser Sicherstellungsauftrag der Länder umfasst auch das Vorhandensein ausreichender stationärer Behandlungskapazitäten für Kinder.

Zu den Bereichen Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen, Sportanlagen in Ostdeutschland liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor. Die Zuständigkeit für Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen liegt bei den Ländern und Kommunen.

Für den Bereich der Kindertagesbetreuung wird auf die in Zusammenhang mit Frage 10 erläuterten unterschiedlichen Entwicklungsbedarfe der Länder hingewiesen.

12. Welche Programme, Initiativen oder Fördermaßnahmen hat die Bundesregierung in den letzten Jahren ergriffen, um die Infrastruktur und Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland zu verbessern?

Die Bundesregierung nimmt Kinder- und Jugendliche sowie auch junge Heranwachsende der gesamten Bundesrepublik in den Blick und kann hier keine geographische Unterteilung vornehmen.

Bundesprogramme, die zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen sind das „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Für einander“ sowie das Modellprojekt „Zukunftswerkstatt Kommunen – Attraktiv im Wandel“. Im Bereich der psychischen Gesundheit leistet die Bundesregierung mit dem Programm „Mental Health Coaches“ einen Beitrag zur gesundheitlichen Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche auch in Ostdeutschland. In der Vorbereitung der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung unterstützt der Bund Länder und Kommunen bei dem erforderlichen Infra-

strukturausbau mit Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro, hiervon profitieren auch die ostdeutschen Bundesländer. Zwar ist der quantitative Ausbaubedarf geringer als in den westdeutschen Bundesländern, doch ermöglichen die Finanzhilfen Plätze zu erhalten und die Qualität der ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten zu verbessern. Auf die Ausführungen in den Antworten zu Fragen 6 und 10 wird verwiesen.

Für den Bereich der Kindertagesbetreuung werden aufgrund des Sachzusammenhangs die Fragen 12, 13 und 14 gemeinsam beantwortet.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (KiTa-Qualitätsgesetz) wurde zum 1. Januar 2023 das KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQuTG) geändert und inhaltlich weiterentwickelt. Ziel des KiQuTG ist es, die Qualität der frühkindlichen Erziehung, Bildung und Betreuung in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege bundesweit weiterzuentwickeln und die Teilhabe in der Kindertagesbetreuung zu verbessern. Hierdurch soll ein Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für das Aufwachsen von Kindern im Bundesgebiet und zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet werden. Durch die Weiterentwicklung der Qualität frühkindlicher Bildung, Erziehung und Betreuung in der Kindertagesbetreuung entsprechend den jeweiligen Bedarfen der Länder werden bundesweit gleichwertige qualitative Standards angestrebt. Der Bund unterstützt die Länder in den Jahren 2023 und 2024 mit insgesamt rund vier Milliarden Euro bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung.

13. Wie werden die finanziellen Mittel der Bundesregierung für den Ausbau und die Modernisierung der Infrastruktur in Ostdeutschland verteilt?

Gibt es spezielle Fördertöpfe oder Programme, die auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Region abzielen?

Für die soziale Infrastruktur wird auf die Antwort zu den Fragen 5, 6, 9, 11 und 12 verwiesen.

Sofern sich Frage 13 auf den Ausbau der Verkehrs-, Telekommunikations- und Energieinfrastruktur beziehen sollte, so werden die Mittel der Bundesregierung im Hinblick auf die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung verteilt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 15 verwiesen.

14. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland im Vergleich zu anderen Regionen sicherzustellen?

Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse ist Querschnittspolitik. Sie betrifft Bundesressorts, Länder und Kommunen. Sie zielt auf sämtliche Lebensbereiche und auf alle Altersgruppen ab. Staatliches Handeln in der Daseinsvorsorge soll für alle Menschen an allen Orten des Landes gute Lebensbedingungen schaffen und sich für eine ausgewogene Entwicklung einsetzen. Die Förderung strukturschwacher Regionen stärkt in besonderem Maße Ostdeutschland.

2024 wird die Bundesregierung den ersten Gleichwertigkeitsbericht vorlegen. Dieser Bericht wird eine Analyse der Raumwirksamkeit und Evaluation des Gesamtdeutschen Fördersystems für strukturschwache Regionen beinhalten. Zusätzlich wird er über den Stand und Fortschritte berichten beim Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Außerdem werden die Ergebnisse von Fokusgruppen-Workshops zu Aspekten gleichwertiger Lebensverhältnisse mit Menschen aus verschiedenen Regionen Deutschlands in den Bericht einfließen.

Im Rahmen der Ansiedlung von Bundes- und Forschungseinrichtungen trägt die Bundesregierung aktiv dazu bei, strukturschwache Regionen zu stärken. So werden Arbeitsplätze geschaffen und positive Impulse für die Wirtschaftsbeziehungen und Infrastrukturen vor Ort gesetzt. Wir ermöglichen es Menschen, dort zu leben und ihrem Beruf dort nachzugehen, wo sie sich verbunden fühlen.

Um Auswirkungen auf die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bei Gesetzesvorhaben zu berücksichtigen, wurde der „Gleichwertigkeits-Check“ geschaffen.

Die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements spielt gerade in Ostdeutschland eine wichtige Rolle. Viele Infrastrukturen (wie bspw. schulische und außerschulische Bildung, Sport und Bewegung oder der soziale Bereich) gerade in ländlichen strukturschwachen Räumen, würde es ohne ehrenamtliches Engagement nicht geben. Im Jahre 2020 ist daher die öffentlich-rechtliche Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) mit Sitz in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) durch Errichtungsgesetz als zentrale Ansprechpartnerin des Bundes zur Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements auf Bundesebene gegründet worden. Stiftungszweck ist die Stärkung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und des Ehrenamts insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes (siehe auch Antwort auf Frage 42).

Das Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander“ als Fachprogramm im Gesamtdeutschen Fördersystem für strukturschwache Regionen trägt zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für Menschen aller Generationen bei.

Zweck der Förderung der Integrierten ländlichen Entwicklung (ILE) der Bundesländer-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes.“ (GAK) ist es, zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union die ländlichen Räume als Lebens-, Arbeits-, Erholungs- und Naturräume zu sichern und weiterzuentwickeln. Die Maßnahmen sollen zu einer positiven Entwicklung der Agrarstruktur, zur Verbesserung der Infrastruktur ländlicher Gebiete und zu einer nachhaltigen Stärkung der Wirtschaftskraft beitragen. Dabei sind bestimmte Ziele zu berücksichtigen, u. a. gleichwertige Lebensverhältnisse, einschließlich der erreichbaren Grundversorgung, attraktiver und lebendiger Ortskerne und der Behebung von Gebäudeleerständen.

Mit der Maßnahme „Dorfentwicklung“ in Orten mit bis zu 10.000 Einwohnern werden dazu u. a. dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen als Treffpunkte auch für Kinder und Jugendliche, Mehrfunktionshäuser, Räume zur gemeinschaftlichen Nutzung sowie Co-Working Spaces, sozialbezogene dörflicher Infrastruktureinrichtungen und Freizeit- und Naherholungseinrichtungen gefördert.

Zur Grundversorgung tragen außerdem die ILE-Maßnahmen „Kleinstunternehmen der Grundversorgung“ und „Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen“ bei.

Die über das Regionalbudget der ILE geförderten Kleinprojekte leisten insbesondere einen Beitrag zur Orts- und Innenentwicklung, zum sozialen und kulturellen Leben sowie zur Freizeit und Erholung. Die Projekte kommen direkt bei den Menschen an und gelingen sehr schnell innerhalb von drei bis sechs Monaten.

Der Bund gibt 60 Prozent der Mittel der ILE. Auf Grund der verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern sind die Länder für die

Umsetzung und damit auch für die Antragsbearbeitung zuständig. Sie haben eigene Landesrichtlinien.

Aus der integrierten ländlichen Entwicklung der GAK fließen regelmäßig Zahlungen auch nach Ostdeutschland. Im Jahr 2022 wurden dafür 152,44 Mio. Euro an Bundes- und Landesmitteln zusammen verausgabt. Das sind 33,4 Prozent der Mittel für die ILE insgesamt.

Im Rahmen einer Forschungsbekanntmachung „Ehrenamtliches Engagement in ländlichen Räumen“ fördert das BMEL aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE plus) u. a. sowohl Forschungsvorhaben zu Engagementkonstellationen in ländlichen Räumen im Ost-West-Vergleich als auch zu Engagementkulturen junger Menschen auf dem Land. Zwischen den einzelnen Forschungsprojekten findet ein regelmäßiger Austausch in Form von Vernetzungstreffen statt.

Im Rahmen der Forschungsbekanntmachung „Faktor K – Forschung zum Faktor Kultur in ländlichen Räumen“ fördert das BMEL aus dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE plus) ein Forschungsvorhaben zur kulturellen Selbstorganisation Jugendlicher in Bayern, Sachsen und Thüringen.

Auch das EU-Programm LEADER (Liaison entre les actions de développement de l'économie rurale; zu Deutsch: Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft) ist ein Instrument zur Stärkung der Selbstwirksamkeit der Bevölkerung ländlicher Regionen. Hier können sich so genannte Lokale Aktionsgruppen (LAGen) zusammenfinden, die für ihre Region ein Budget aus dem ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes) erhalten und selbst entscheiden können, welche Projekte eine Förderung erhalten. Die Bandbreite der geförderten Projekte reicht dabei von privaten betrieblichen Investitionen über kommunale Projekte bis hin zu ehrenamtlich betriebenen Vorhaben. Die LAGen sollen so ausgestaltet sein, dass keine Gruppe das Geschehen dominiert, so dass insbesondere die öffentliche Hand (Kommunen) keine Mehrheit im Entscheidungsgremium hat.

LEADER wird in Deutschland von den Ländern und den jeweiligen LEADER-Regionen ausgestaltet. LEADER ist kein Programm, das auf Ostdeutschland beschränkt ist, dort wird es aber flächendeckend umgesetzt. Einige ostdeutsche Bundesländer (Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt) sehen für LEADER schon seit Jahren sehr erhebliche Mittel vor, dort ist LEADER das relevanteste EU-Förderinstrument zur Stärkung ländlicher Räume. Die Bedeutung des Programms ist damit in vielen ostdeutschen Regionen rein faktisch deutlich größer als in Westdeutschland.

LAGen sind auch vielfach Erstempfänger der Mittel aus dem Regionalbudget der GAK-ILE, wodurch kleinen Initiativen eine niedrighschwellige Möglichkeit geboten wird, schnell und mit wenig Aufwand kleine Beträge zur Umsetzung kleinerer lokaler Maßnahmen zu erhalten. Dies soll insbesondere auch dazu dienen, neue, unerfahrene Initiativen, und damit auch junge Leute, besser zu erreichen und zum Engagement zu motivieren.

Jugendbeteiligung ist im LEADER-Programm ein wichtiger Faktor. Hierzu haben die Länder eine Mindestbeteiligung jüngerer Personen in den LAGen festgeschrieben. In vielen LAGen gibt es Vorhaben, dass Kinder- und Jugendaspekte in der Projektauswahl zu berücksichtigen sind, so z. B. Vorhaben der Freizeitgestaltung aber auch von Fort- und Ausbildung von Jugendlichen im Kontext mit dem Fachkräftemangel. Allerdings zeigt die Erfahrung in Deutschland insgesamt, dass es sehr schwierig ist, Jugendliche und junge Erwachsene für eine kontinuierliche Mitarbeit über mehrere Jahre zu gewinnen, wie es für die mehrjährige Förderperiode erforderlich ist.

15. Inwiefern werden die Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten berücksichtigt?

Das Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland beinhaltet die Sicherung der Lebensqualität in den Kommunen sowie die Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge für alle Bevölkerungsgruppen in allen Teilräumen Deutschlands. Die Bundesregierung will Sorge dafür tragen, dass alle Menschen am Ort ihrer Wahl gut leben können: auf dem Land, in der Stadt, in Ost- und Westdeutschland. Für die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen ist Infrastruktur und Daseinsvorsorge vor Ort entscheidend für Bildungs- und Teilhabechancen.

Der Abbau regionaler Disparitäten und die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind seit Jahrzehnten eine zentrale Leitvorstellung der Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Entsprechend dem Raumordnungsgesetz ist das Ziel „eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt und zu einer dauerhaften, großräumig ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen führt“.

Mit zahlreichen Förderprogrammen unterstützt die Bundesregierung den Ausgleich zwischen Regionen mit starker Zuwanderung und solchen mit Bevölkerungsverlusten, zwischen wirtschaftlich starken und weniger starken Regionen und zwischen Regionen in Ost- und Westdeutschland.

Die Städtebauförderung unterstützt seit 1971 Kommunen bei städtebaulichen Anpassungsprozessen. Seit der Wiedervereinigung erhalten auch die ostdeutschen Bundesländer Finanzhilfen für die städtische Erneuerung. Ein Ziel der Städtebauförderung ist, Teilhabe und Austausch am gesellschaftlichen Leben für alle zu ermöglichen, eine Vielfalt von Akteuren bei der Stadtentwicklung zu integrieren und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Bei der Umsetzung der Städtebauförderung werden alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch Kinder und Jugendliche und schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen beteiligt.

Das Modellvorhaben „Verbesserung der Mobilität in ländlichen Räumen zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ verfolgt das Ziel, Mobilitätslösungen in die Fläche zu bringen, die nachhaltig und bezahlbar sind. Auf dem Online-Nachschlagewerk Mobilikon finden Kommunen auf ihre Herausforderungen abgestimmte Mobilitätslösungen. So können gezielt Mobilitätsmaßnahmen gesucht werden, die Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Im länderübergreifenden Mobilitätsnetzwerk arbeiten Landesministerien, Bundesressorts und kommunale Spitzenverbände zusammen, um Informationen und Wissen zur Verbesserung der Mobilität insbesondere in ländlichen Räumen auszutauschen.

Die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendliche zu hören, zu beachten und umzusetzen ist Teil der Jugendstrategie der Bundesregierung und deren Weiterentwicklung durch den Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch im Bereich von Infrastrukturprojekten erfolgt direkt auf Ebene der Länder, bzw. der Kommunen. Hierbei unterstützt das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt „Initiative Starke Kinder- und Jugendparlamente“ bundesweit Kinder- und Jugendparlamente auf kommunaler Ebene durch Beratung, Information, Vernetzung und Qualifizierung.

Beim Ausbau der Ganztagsbetreuung stehen Kinder im Mittelpunkt. Dies zeigen auch die „Empfehlungen für die pädagogische Qualität in Ganztagschulen und ganztägigen Angeboten für Grundschulkindern“ der KMK, welche seit

Oktober 2023 vorliegen und welche die Bundesregierung begrüßt, denn sie legen einen Schwerpunkt auf die Partizipation und Beteiligung von Kindern an ganztägiger Bildung und Betreuung. Der Ausbau der Ganztagsbetreuung wird langfristig durch die Bundesregierung begleitet.

Das vom BMFSFJ geförderte Projekt „Kinderfreundliche Kommunen e. V.“ zeichnet Städte und Gemeinden mit einem Siegel als „Kinderfreundliche Kommune“ aus, sofern diese gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen für die lokale Umsetzung der Kinderrechte aus der VN-Kinderrechtskonvention verbindliche Ziele und einen Aktionsplan entwickeln. Das Projekt leistet damit einen großen Beitrag zur Berücksichtigung der Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in ihren Kommunen.

In Bezug auf die Bedürfnisse und Anliegen von Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland bei der Planung und Umsetzung von Infrastrukturprojekten, insbesondere im Bereich der Radverkehrsinfrastruktur, obliegt die Zuständigkeit für die örtliche Radinfrastruktur den Ländern und Kommunen. Das BMDV fördert gleichwohl im Rahmen seiner Möglichkeiten den Bau der Radverkehrsinfrastruktur in Gesamtdeutschland.

Sichere Radverkehrsinfrastruktur ist insbesondere bei Kindern und Jugendlichen ein wichtiges Thema, damit sie möglichst gefahrlos mit dem Fahrrad unterwegs sein können.

Das BMDV hat daher den Leitfaden „Einladende Radverkehrsnetze – Begleitbroschüre zum Sonderprogramm ‚Stadt und Land‘“ veröffentlicht, der beispielhaft illustriert, wie mit Hilfe der Finanzierungsmöglichkeiten des BMDV attraktive und sichere Radverkehrsinfrastruktur in Deutschland gestaltet werden kann, die gerade auch für Kinder und Jugendliche wichtig ist.

Auf Initiative des BMDV startete im Sommer 2023 der vom Mobilitätsforum Bund im Bundesamt für Logistik und Mobilität angebotene berufsbegleitende Lehrgang „Einladende Radverkehrsnetze planen und umsetzen“ (kurz: PLANRAD). Der Lehrgang ist ein praxisorientiertes Angebot an Kommunen und deren Mitarbeitende zur Wissensvermittlung moderner Planungsinstrumente für die Umsetzung der Radverkehrsförderung.

Zudem wurden verschiedene Modellprojekte gefördert, die sich mit der Weiterentwicklung der schulischen Radfahrausbildung unter besonderer Berücksichtigung des sicheren Radfahrens von Kindern in der Verkehrswirklichkeit befassen.

16. Wie kooperiert die Bundesregierung mit den Ländern und Kommunen in Ostdeutschland, um die Infrastruktur und Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche zu verbessern?

Welche Rolle spielt dabei die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Trägern der Jugendhilfe?

Die Bundesregierung befindet sich im regelmäßigen Austausch mit den Ländern über die Innenministerkonferenz und deren Unterausschüsse. Diese haben sowohl thematischen Bezug und widmen sich darüber hinaus im Arbeitskreis III (Kommunale Angelegenheiten) ebenfalls allen kommunalen Belangen.

Mit Unterstützung durch das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) findet bereits ein regelmäßiger Austausch auf Arbeitsebene mit dem MORO Netzwerk Daseinsvorsorge statt. Teilnehmende Netzwerkregionen vereint dabei ein gemeinsames Verständnis der strategischen Entwicklung und Umsetzung regionaler Daseinsvorsorge.

Im Rahmen des Programms Region gestalten wurde mit dem Projekt „daviplan“ ein Open-Source-Datentool zur Planung der regionalen Daseinsvorsorge entwickelt. Mit diesem Tool können Gemeinden, Gemeindeverbände, Kreise und Regionen geobasiert eigenständig regionale und lokale Analysen, Szenarien und Erreichbarkeitsauswertungen für ausgewählte Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge durchführen und in Karten darstellen. Damit unterstützt es politische Diskussionen und fachliche Entscheidungen zur Sicherung einer bedarfsgerechten Daseinsvorsorge.

Das BMFSFJ steht seit einigen Jahren mit den Ländern in einem engen Austausch dazu, wie die Qualität der Kindertagesbetreuung bundesweit verbessert werden kann. Derzeit läuft diesbezüglich ein gemeinsamer Prozess zur Erarbeitung von Vorschlägen für ein Qualitätsentwicklungsgesetz. Neben Bund, Ländern und Kommunen ist auch ein zivilgesellschaftlicher Expertendialog am Prozess beteiligt. In diesem Prozess wird auch diskutiert, wie mit den Unterschieden zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern bei der Qualität sowie den unterschiedlichen Ausgangslagen in den Ländern insgesamt umgegangen werden kann.

Insgesamt gilt, dass staatliches Handeln in der Daseinsvorsorge für alle Menschen in allen Altersgruppen an allen Orten des Landes gute Lebensbedingungen schaffen und sich für eine ausgewogene Entwicklung einsetzen will.

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

17. Gibt es konkrete langfristige Pläne oder Strategien der Bundesregierung, um die Infrastruktur und Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche in Ostdeutschland nachhaltig zu verbessern?

Auf die Antwort zu Frage 15. wird verwiesen.

18. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der sozialen Mobilität in Ostdeutschland, insbesondere auch im Vergleich zu Westdeutschland?

Gibt es Unterschiede zwischen der Entwicklung bei Männern und Frauen?

Sollte es Unterschiede geben – welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um dieser Tatsache zu begegnen?

Bei der Beurteilung der Entwicklung der sozialen Mobilität ist zu unterscheiden zwischen intergenerationaler sozialer Mobilität, bei der ein Vergleich zur Elterngeneration vorgenommen wird, und intragenerationaler sozialer Mobilität, die Veränderung in der gesellschaftlichen Positionierung im individuellen Lebensverlauf untersucht.

Für die intergenerationale soziale Mobilität sind der Bildungsstatus und der berufliche Status die üblicherweise genutzten Indikatoren. Im Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht hat die Bundesregierung festgestellt, dass sich die hinsichtlich des beruflichen Status gemessene soziale Mobilität für Menschen in Ost- und Westdeutschland sowie für Frauen und Männer unterschiedlich darstellt zeigt (vgl. S. 142 ff). Männer in Westdeutschland haben sowohl die im Zeitverlauf stabilsten als auch höchsten Aufstiegsraten während sich die Aufstiegschancen für Männer in Ostdeutschland seit den Geburtsjahrgängen 1935 bis 1944 stetig verschlechtert und die Abstiegsrisiken zugenommen haben. Als Gründe dafür werden insbesondere selektive innerdeutsche Wanderungsbewegungen, die nach wie vor unterschiedliche Wirtschaftsstruktur sowie damit ein-

hergehend ein geringeres Angebot an Tätigkeiten in höheren Positionen in Ostdeutschland gesehen.

Für Frauen haben sich die Chancen insbesondere in Westdeutschland deutlich verbessert, wobei die Aufstiegsraten der Geburtskohorten 1935 bis 1944 noch sehr gering und die Abstiegsrisiken relativ hoch waren. Für die Geburtskohorten 1975 bis 1983 liegen die Aufstiegsraten dagegen fast auf dem Niveau westdeutscher Männer, die Abstiegsrisiken sind merklich gesunken. Dagegen waren in Ostdeutschland die Aufstiegschancen für Frauen älterer Kohorten etwas höher, als sie es für die jüngeren Kohorten sind. Gleichwohl weisen aber auch diese höhere Aufstiegsraten auf, als ostdeutsche Männer gleicher Geburtsjahrgänge.

Die Gründe für die insgesamt verbesserten beruflichen Aufstiegschancen der Frauen werden insbesondere in den veränderten Rollenmustern gesehen. Darüber hinaus ist Bildung weiterhin die wirksamste und wichtigste Stellschraube für sozialen Aufstieg.

Auch im Siebten Armuts- und Reichtumsbericht (7. ARB), der sich derzeit in der Erstellung befindet, werden Analysen zur sozialen Mobilität dargestellt, wobei diesmal der Schwerpunkt auf die intragenerationelle soziale Mobilität gelegt wird. Zur Vorbereitung des 7. ARB sind Forschungsaufträge vergeben worden, die Zusammenhänge zwischen biographischen Ereignissen und Einkommen und Erwerbsbeteiligung im Lebensverlauf und Kohortenvergleich betrachten. Zudem wird untersucht, welche biographischen Ereignisse Auf- und Abstiege aus unterschiedlichen sozialen Lagen befördern. Dabei werden jeweils auch geschlechterspezifische Unterschiede sowie Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland analysiert.

19. Wie hat sich die Zahl der Kindertageseinrichtungen seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt angeben)?

Zur Beantwortung der Frage wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen, die die Kindertageseinrichtungen und Horte in Ostdeutschland und Berlin für die Jahre 1991, 2002, 2010 und 2023 ausweist.

Tabelle 1: Anzahl der Kindertageseinrichtungen und Horte (Ostdeutschland und Berlin; 1991, 2002, 2010 und 2023)

	1991	2002	2010	2023
Kindertageseinrichtungen Ostdeutschland ohne Berlin)	15.266	7.317	7.245	7.706
Kindertageseinrichtungen Berlin	1.122	1.825	1.920	2.832
Horte Ostdeutschland (ohne Berlin)	2.708	1.226	1.306	1.698
Horte Berlin <sup>2</sup>	25	209	–	–

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege, versch. Jahre (1991 bis 2023), Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik.

Anmerkung:

Für das Jahr 1991 ist nur Ost-Berlin enthalten, für die übrigen Jahre ganz Berlin. Für die Jahre 1990 und 2000 liegen keine Daten vor.

20. Wie hat sich die Zahl der Grundschulen seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Zur Beantwortung der Frage wird auf die nachfolgende Tabelle, die die Anzahl der Grundschulen in den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin) ausweist, verwiesen. Zum Berichtsjahr 1990 liegen der Bundesregierung keine Daten vor; es wird daher hilfsweise das Jahr 1992 ausgewiesen.

Tabelle 2: Anzahl der Grundschulen in den ostdeutschen Bundesländern 1992, 2000, 2010 und 2022

<b>Anzahl der Grundschulen in den ostdeutschen Bundesländern</b>					
<b>Bundesland</b>	<b>Schulart</b>	<b>1992</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2022</b>
Berlin	Grundschulen	476	494	433	443
Brandenburg	Grundschulen	562	508	506	518
Mecklenburg-Vorpommern	Grundschulen	575	425	323	327
Sachsen	Grundschulen	1246	987	838	843
Sachsen-Anhalt	Grundschulen	850	680	552	496
Thüringen	Grundschulen	767	527	473	426
gesamt		4476	3621	3125	3053

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

21. Wie hat sich die Zahl der weiterführenden Schulen seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Zur Beantwortung der Frage wird auf die nachfolgende Tabelle, welche die Anzahl der weiterführenden Schulen in den ostdeutschen Bundesländern (einschließlich Berlin) ausweist, verwiesen. Zum Berichtsjahr 1990 liegen der Bundesregierung keine Daten vor; es wird daher hilfsweise das Jahr 1992 ausgewiesen.

Tabelle 3: Anzahl der weiterführenden Schulen im den ostdeutschen Bundesländern 1992, 2000, 2010 und 2022

<b>Anzahl der weiterführenden Schulen in den ostdeutschen Bundesländern</b>					
<b>Bundesland</b>	<b>Schulart</b>	<b>1992</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2022</b>
Berlin	Schulartunabhängige Orientierungsstufe	476	469	415	429
	Hauptschulen	68	63	43	0
	Realschulen	76	91	66	0
	Gymnasien	121	128	112	112
	Integrierte Gesamtschulen	84	70	175	181
	Freie Waldorfschulen	5	7	9	12
	Förderschulen	94	100	92	93
Brandenburg	Schulartunabhängige Orientierungsstufe	565	505	490	507
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	0	0	151	154
	Realschulen	76	79	0	0
	Gymnasien	94	106	96	106
	Integrierte Gesamtschulen	298	252	38	45
	Freie Waldorfschulen	5	5	4	7
	Förderschulen	131	146	121	96

<b>Anzahl der weiterführenden Schulen in den ostdeutschen Bundesländern</b>					
<b>Bundesland</b>	<b>Schulart</b>	<b>1992</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2022</b>
Mecklenburg-Vorpommern	Schulartunabhängige Orientierungsstufe	260	0	0	0
	Hauptschulen	308	218	0	0
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	98	173	186	195
	Realschulen	392	336	5	0
	Gymnasien	94	92	72	75
	Integrierte Gesamtschulen	14	15	21	24
	Freie Waldorfschulen	0	3	3	6
Sachsen	Förderschulen	101	105	102	79
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	662	632	339	368
	Gymnasien	185	187	148	177
	Integrierte Gesamtschulen	0	0	0	4
	Freie Waldorfschulen	3	3	3	9
Sachsen-Anhalt	Förderschulen	203	191	159	158
	Schulartunabhängige Orientierungsstufe	587	434	0	0
	Hauptschulen	361	181	0	0
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	180	444	178	126
	Realschulen	585	429	0	0
	Gymnasien	144	126	85	85
	Integrierte Gesamtschulen	2	3	7	58
Thüringen	Freie Waldorfschulen	3	2	3	4
	Förderschulen	135	135	119	99
	Hauptschulen	1	0	0	0
	Schularten mit mehreren Bildungsgängen	455	341	245	188
Sachsen-Anhalt	Gymnasien	110	113	99	99
	Integrierte Gesamtschulen	3	5	9	80
	Freie Waldorfschulen	2	4	5	5
	Förderschulen	114	99	89	72

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023

22. Wie hat sich die Zahl der Kinderärzte seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (Quelle: Bundesarztregister) hat sich die Anzahl der an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzte seit den 90er Jahren in den östlichen Bundesländern (Vertragsarztzahlen liegen in diesen erst ab dem Jahr 1993 vor) wie folgt entwickelt:

Tabelle 4: Anzahl der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Kinder und Jugendärztinnen und -ärzte in den ostdeutschen Bundesländer 1993, 2000, 2010, 2020 und 2022

Bundesland	Zählung nach Personen					Zählungen nach Bedarfsplanungsgewichten				
	1993	2000	2010	2020	2022	1993	2000	2010	2020	2022
Brandenburg	256	232	197	213	226	208	192	170	178	181
Mecklenburg-Vorpommern	201	175	165	171	170	164	146	126	119	121
Sachsen	462	466	432	463	458	413	394	345	344	340
Sachsen-Anhalt	238	240	198	205	207	203	198	155	159	156
Thüringen	235	245	201	219	224	202	193	164	168	172

Bundesland	Zählung nach Personen					Zählungen nach Bedarfsplanungs- gewichten				
	1993	2000	2010	2020	2022	1993	2000	2010	2020	2022
neue Bundesländer (ohne Berlin)	1.392	1.358	1.193	1.271	1.285	1.190	1.123	960	968	969
Berlin	350	359	349	387	388	326	330	311	315	322
neue Bundesländer (mit Berlin)	1.742	1.717	1.542	1.658	1.673	1.516	1.453	1.271	1.283	1.291
Bundesgebiet Gesamt	6.192	6.711	7.080	8.041	8.260	5.519	5.834	5.701	6.052	6.112

23. Wie hat sich die Zahl der Unterstützungsbedarfe für Familien auf Grundlage von §§ 27 ff. des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Zur Beantwortung der Frage wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen, die junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (einschließlich der Hilfen für junge Volljährige) gemäß § 27 ff. SGB VIII (ohne §§ 28 und 27 Absatz 2 SGB VIII) ausweist.

Tabelle 5: Junge Menschen in den Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) gemäß § 27 ff. SGB VIII (ohne §§ 28 und 27 Absatz 2 SGB VIII) in den ostdeutschen Bundesländern 1992, 2000, 2010 und 2021 (am 31. Dezember andauernde und innerhalb eines Jahres beendete Hilfen, Angaben absolut).

	Am 31.12. 1992	Beendet 1992	Summe 1992	Am 31.12.2000	Beendet 2000	Summe 2000
Brandenburg						
Mecklenburg- Vorpommern						
Sachsen						
Sachsen-Anhalt						
Thüringen						
Ostdeutschland (ohne Berlin)	34.317	33.686	68.003	39.458	57.418	96.876

	Am 31.12.2010	Beendet 2010	Summe 2010	Am 31.12.2021	Beendet 2021	Summe 2021
Brandenburg	11.004	13.703	24.707	15.413	15.178	30.591
Mecklenburg- Vorpommern	9.942	7.852	17.794	12.412	8.642	21.054
Sachsen	10.886	21.335	32.221	17.873	24.158	42.031
Sachsen-Anhalt	8.161	12.048	20.209	13.058	12.516	25.574
Thüringen	5.551	11.954	17.505	8.218	11.354	19.572
Ostdeutschland (ohne Berlin)	45.544	66.892	112.436	66.974	71.848	138.822

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, Eingliederungshilfe, Hilfe für junge Volljährige; versch. Jahrgänge; Datenzusammenstellung und Berechnungen der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Anmerkungen:

Da die KJH-Statistik erst im Zuge des damals in Kraft getretenen SGB VIII Anfang der 1990er-Jahre entstanden ist, liegen erste valide Daten erst für das Jahr 1992 vor. Die Daten für die einzelnen Länder liegen für die Jahre 1992 und 2000 nicht vor. Die Statistik zu den Hilfen zur Erziehung wurde für das Erfassungsjahr 2007 umfangreich modifiziert, sodass in längeren Zeitreihen die Daten nur eingeschränkt vergleichbar sind. Für eine bessere zeitliche Vergleichbarkeit werden hier daher die am 31. Dezember andauernden Erziehungsberatungen sowie die Hilfen nach § 27 Absatz 2 SGB VIII für die Jahre 2010 und 2021 nicht mitberücksichtigt. Die Sozialpädagogische Familienhilfe gemäß § 31 SGB VIII kann hier nicht differenziert für die unter 18-Jährigen ausgewiesen werden, ihre Werte für die sozialpädagogische Familienhilfe basieren auf der Anzahl junger Menschen, die durch eine Leistung der Hilfen zur Erziehung erreicht werden, und nicht auf der Anzahl der Hilfen.

24. Wie hat sich die Zahl der Jugendzentren, Jugendclubs und sonstigen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Zur Beantwortung der Fragen wird auf die nachfolgenden Tabellen verwiesen, welche die Anzahl der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit am 31. Dezember 1991, 31. Dezember 2002, 31. Dezember 2010 und 31. Dezember 2020 jeweils nach Art der Einrichtung und Land enthalten.

Tabelle 6: Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit am 31.12.1991 nach Art der Einrichtung und Land (Angaben absolut)

Art der Einrichtung	Berlin-Ost	Ostdeutschland (o. Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Kur- Genesungs- und Erholungsheime für Kinder und Jugendliche	–	10	2	6	1	–	1
Jugendherbergen und Jugendgästehäuser, Jugendübernachtungshäuser	1	130	3	23	68	9	27
Jugendtagungsstätten, Jugendbildungsstätten	–	10	–	–	1	1	8
Jugendzentren, -freizeitheime, Häuser der offenen Tür	86	226	49	26	35	55	61
Jugendheime	–	6	3	–	2	1	–
Einrichtungen der Stadtranderholung	–	–	–	–	–	–	–
Kinder- und Jugendferien/-erholungsstätten	1	17	5	1	1	9	1
Pädagogisch betreute Spielplätze u. ä.	1	–	–	–	–	–	–
Jugendzeltplätze	–	–	–	–	–	–	–
Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen	11	76	14	7	5	15	35

Quelle: Statistisches Bundesamt: Sozialeleistungen - Reihe 6.S. 1 - Einrichtungen und tätige Personen in der Jugendhilfe 1991 in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin-Ost, Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tabelle 7: Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit am 31. Dezember 2002  
nach Art der Einrichtung und Land (Angaben absolut)

Art der Einrichtung	Berlin	Ostdeutsch- land (o. Berlin)	Branden- burg	Mecklen- burg-Vor- pommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thürin- gen
Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtung für junge Menschen	–	–	–	–	–	–	–
Jugendherberge, Jugendgästehaus, Jugendübernachtungshaus	13	160	21	26	58	22	33
Jugendtagungsstätte, Jugendbildungsstätte	20	63	9	18	9	9	18
Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtung für junge Menschen	–	–	–	–	–	–	–
Jugendherberge, Jugendgästehaus, Jugendübernachtungshaus	23	138	26	24	49	5	34
Jugendtagungsstätte, Jugendbildungsstätte	10	47	10	2	17	1	17
Jugendzentrum, -freizeitheim, Haus der offenen Tür	364	1.656	316	199	571	247	323
Jugendräume/Jugendheim ohne hauptamtliches Personal	22	1.369	236	59	595	126	353
Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit	50	248	33	27	128	22	38
Jugendkunstschule, kulturpädagogische und kulturelle Einrichtung für junge Menschen	15	100	16	13	51	8	12
Einrichtung der Stadtrand-erholung	–	8	1	–	5	1	1
Kinder- und Jugendferienstätte, Kinder- und Jugend-erholungsstätte	4	41	14	2	19	5	1
Pädagogisch betreuter Spielplatz/Spielhaus/ Abenteuer-spielplatz	26	26	8	2	10	5	1
Jugendzeltplatz	–	6	1	1	–	1	3
Jugendberatungsstelle ge-mäß § 11 SGB VIII	22	55	8	4	8	3	32

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder), 2010, Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tabelle 8: Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit am 31. Dezember 2010 nach Art der Einrichtung und Land (Angaben absolut)

Art der Einrichtung	Berlin	Ostdeutschland (o. Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtung für junge Menschen	–	–	–	–	–	–	–
Jugendherberge, Jugendgästehaus, Jugendübernachtungshaus	23	138	26	24	49	5	34
Jugendtagungsstätte, Jugendbildungsstätte	10	47	10	2	17	1	17
Jugendzentrum, Freizeitheim, Haus der offenen Tür	364	1.656	316	199	571	247	323
Jugendräume/Jugendheim ohne hauptamtliches Personal	22	1.369	236	59	595	126	353
Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit	50	248	33	27	128	22	38
Jugendkunstschule, kulturpädagogische und kulturelle Einrichtung für junge Menschen	15	100	16	13	51	8	12
Einrichtung der Stadtrand-erholung	–	8	1	–	5	1	1
Kinder- und Jugendferienstätte, Kinder- und Jugend-erholungsstätte	4	41	14	2	19	5	1
Pädagogisch betreuter Spielplatz/Spielhaus/Abenteuerspielplatz	26	26	8	2	10	5	1
Jugendzeltplatz	–	6	1	1	–	1	3
Jugendberatungsstelle gemäß § 11 SGB VIII	22	55	8	4	8	3	32

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder), 2010, Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tabelle 9: Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit am 31. Dezember 2020 nach Art der Einrichtung und Land (Angaben absolut)

Art der Einrichtung	Berlin	Ostdeutschland (o. Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Kur-, Genesungs- und Erholungseinrichtung für junge Menschen	–	–	–	–	–	–	–
Jugendherberge, Jugendgästehaus, Jugendübernachtungshaus	7	109	18	26	36	5	24
Jugendtagungsstätte, Jugendbildungsstätte	14	40	8	5	4	7	16

Art der Einrichtung	Berlin	Ostdeutschland (o. Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Jugendzentrum, Freizeitheim, Haus der offenen Tür	367	1.458	247	223	385	314	289
Jugendräume/Jugendheim ohne hauptamtliches Personal	31	1.100	287	30	368	145	270
Einrichtung oder Initiative der mobilen Jugendarbeit	63	272	60	13	106	41	52
Jugendkunstschule, kulturpädagogische und kulturelle Einrichtung für junge Menschen	19	86	4	20	40	•	22
Einrichtung der Stadtrand-erholung	–	–	•	–	•	•	•
Kinder- und Jugendferienstätte, Kinder- und Jugend-erholungsstätte	5	39	9	-	17	5	8
Pädagogisch betreu-ter Spielplatz/Spielhaus/Abenteuerspielplatz	31	19	3	•	10	•	6
Jugendzeltplatz	•	–	–	–	–	–	•
Jugendberatungsstelle ge-mäß § 11 SGB VIII	18	75	14	6	42	•	13

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe - Einrichtungen und tätige Personen (ohne Tageseinrichtungen für Kinder), 2020, Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

#### Anmerkungen:

Für das Jahr 1991 ist nur Ost-Berlin enthalten, in den übrigen Jahren ganz Berlin. Im Jahr 1991 wurden noch keine Angaben zu Jugendkunstschulen sowie zu Einrichtungen oder Initiativen der mobilen Kinder- und Jugendarbeit erfasst. Davon abgesehen sind die Kategorien teilweise sprachlich angepasst worden, inhaltlich aber vergleichbar. So ist die 1991 erfasste Kategorie „Jugendheime“ inhaltlich vergleichbar mit der später verwendeten Kategorie „Jugendräume/Jugendheim ohne hauptamtliches Personal“. Im Jahr 2020 hat das Statistische Bundesamt einige Werte mit kleinen Fallzahlen aufgrund statistischer Geheimhaltungsregelungen nicht veröffentlicht – diese sind mit „•“ gekennzeichnet.

25. Wie hat sich die Zahl der Sportvereine mit Angeboten für Kinder und Jugendliche seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen zu der Anzahl von Sportvereinen mit Angeboten für Kinder und Jugendliche vor.

26. Wie hat sich die Zahl der Kulturzentren bzw. Kreiskulturhäuser etc. seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Hierzu liegen der Bundesregierung aufgrund der Zuständigkeit der Länder bzw. Kommunen keine Daten vor.

27. Wie hat sich die Zahl der Musik- und Kunstschulen seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Hierzu liegen der Bundesregierung aufgrund der Zuständigkeit der Länder bzw. Kommunen keine Daten vor.

Hinsichtlich der Jugendkunstschulen wird auf die Antwort zu Frage 24 verwiesen.

28. Wie hat sich die Anzahl der Angebote von Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 sowie Kinder- und Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Anmerkungen:

Für die Angebote der Kinder- und Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII wird keine amtliche Statistik durchgeführt, daher liegen hierzu keine Daten vor.

Zur Beantwortung der Frage nach der Entwicklung der Anzahl der Angebote von Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII wird auf die nachfolgenden Tabellen verwiesen. Da die Statistik zur Anzahl der öffentlich geförderten Angebote der Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII erstmals 2015 durchgeführt wurde, werden aus dem Nationalen Aktionsplan „Chancen für Kinder in DEU“ (im Juli 2023 vom Bundeskabinett beschlossen), die Ergebnisse für 2015 und 2021 gegenübergestellt. Diese weisen Angebote aus, die eine öffentliche Förderung enthalten. Es ist daher sowohl möglich, dass manche Einrichtungen hier nicht mitgezählt werden, als auch, dass mehrere Angebote pro Einrichtung existieren. Die Angaben sind daher nicht mit denen aus der Antwort zu Frage 24 und 27 vergleichbar. Für das Jahr 2015 liegen laut Statistischem Bundesamt Hinweise auf Untererfassungen vor. Im Jahr 2021 hat das Statistische Bundesamt einige Werte mit kleinen Fallzahlen aufgrund statistischer Geheimhaltungsregelungen nicht veröffentlicht – diese sind mit „•“ gekennzeichnet.

Tabelle 10: Öffentlich geförderte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit 2015 nach Art des Angebotes und Land (Angaben absolut)

Angebotstyp	Berlin	Ostdeutschland (ohne Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Insgesamt	3.399	23.742	2.078	2.772	6.403	4.428	8.061
Offene Angebote							
Zusammen	440	4.409	399	347	1.298	1.128	1.237
davon							
Jugendzentrum/ zentrale (Groß-)Einrichtung	72	691	28	55	271	187	150
Jugendclub, Jugendtreff/ Stadtteiltreff	228	2.066	219	210	601	405	631
Jugendfarm, Abenteuerspielplatz	25	53	5	3	18	11	16
Jugendkulturzentrums, Jugendkunst- oder Musikschule	23	84	3	9	43	4	25
Sonstiges einrichtungsbezogenes Angebot	72	717	71	44	254	135	213
Spiel- und/oder Sportmobil	10	286	4	4	23	223	32
Einrichtung/Initiative der mobilen Jugendarbeit	2	222	20	6	45	119	32
Sonstiges aufsuchendes Angebot	8	290	49	16	43	44	138
Gruppenbezogene Angebote	1.578	3.949	363	394	1.294	456	1.442
Veranstaltungen und Projekte <sup>1</sup>							
Zusammen	1.381	15.384	1.316	2.031	3.811	2.844	5.382
davon							
Freizeit	210	3.653	294	544	1.023	478	1.314
Aus-, Fort-, Weiterbildung, Seminar	610	3.741	362	540	860	656	1.323
Projekt	199	3.454	350	587	939	573	1.005
Fest, Feier, Konzert	216	2.037	123	199	460	505	750
Sportveranstaltung	32	996	80	85	198	219	414
Sonstiges	114	1.503	107	76	331	413	576

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Angebote der Jugendarbeit, 2015, Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

Tabelle 11: Öffentlich geförderte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit 2021 nach Art des Angebotes und Land (Angaben absolut)

Angebotstyp	Berlin	Ostdeutschland (ohne Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Insgesamt	3.378	17.231	3.623	1.972	4.498	2.726	4.412
Offene Angebote							
Zusammen	1.021	4.214	1.163	330	990	803	928
davon							
Jugendzentrum/ zentrale (Groß-)Einrichtung	294	492	56	16	92	172	156
Jugendclub, Jugendtreff/ Stadtteiltreff	494	2.030	624	225	376	376	429

Angebotstyp	Berlin	Ostdeutschland (ohne Berlin)	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen
Jugendfarm, Abenteuerspielplatz	57	41	•	•	19	6	16
Jugendkulturzentrum, Jugendkunst- oder Musikschule	23	78	17	18	22	9	12
Sonstiges einrichtungsbezogenes Angebot	129	1.048	358	41	349	117	183
Spiel- und/oder Sportmobil	6	72	•	•	25	25	22
Einrichtung/ Initiative der mobilen Jugendarbeit	5	187	60	8	52	27	40
Sonstiges aufsuchendes Angebot	13	241	27	18	55	71	70
Gruppenbezogene Angebote	981	3.493	566	443	1.060	470	954
Veranstaltungen und Projekte <sup>1</sup>							
Zusammen	1.376	9.524	1.894	1.199	2.448	1.453	2.530
davon							
Freizeit	400	3.022	597	356	867	336	866
Aus-, Fort-, Weiterbildung, Seminar	270	1.755	248	205	435	452	415
Projekt	270	2.763	701	408	656	352	646
Fest, Feier, Konzert	180	858	144	89	244	132	249
Sportveranstaltung	28	411	95	37	66	74	139
Sonstiges	228	715	109	104	180	107	215

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Angebote der Jugendarbeit, 2021, Berechnungen Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik

29. Wie haben sich die Kennzahlen bezüglich der Wohnraumversorgung seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Die folgenden Tabellen geben die Anzahl bestehender Wohnungen sowie die Fertigstellungen von Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in den ostdeutschen Bundesländern sowie in Ostdeutschland insgesamt in den jeweiligen Jahren wieder.

Tabelle 12: Wohnungsbestand in Wohn- und Nichtwohngebäuden in den ostdeutschen Bundesländern 1990, 2000, 2010, 2011, 2020 und 2021

Land	Anzahl Wohnungen					
	1990	2000	2010	2011	2020	2021
Berlin	1.712.848	1.862.766	1.867.673	1.871.782	1.982.825	1.998.155
Brandenburg	1.085.221	1.236.091	1.272.634	1.275.919	1.348.702	1.360.155
Mecklenburg-Vorpommern	760.329	853.588	874.205	877.786	921.785	925.798
Sachsen	2.193.425	2.350.731	2.323.347	2.324.242	2.383.732	2.392.056
Sachsen-Anhalt	1.244.244	1.331.513	1.289.563	1.287.516	1.294.780	1.298.074

Land	Anzahl Wohnungen					
	1990	2000	2010	2011	2020	2021
Thüringen	1.100.048	1.170.111	1.161.554	1.162.954	1.193.270	1.196.973
Ostdeutschland	8.096.115	8.804.800	8.788.976	8.800.199	9.125.094	9.171.211

Tabelle 13: Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in den ostdeutschen Bundesländern 1990, 2000, 2010, 2020, 2021 und 2022

Land	fertiggestellte Wohnungen					
	1990	2000	2010	2020	2021	2022*
Berlin	11.068	9.061	4.321	16.337	15.870	17.310
Brandenburg	9.550	21.041	6.521	10.474	12.620	9.924
Mecklenburg-Vorpommern	9.779	12.182	3.743	7.493	4.293	5.616
Sachsen	17.183	23.716	4.429	12.032	9.095	9.904
Sachsen-Anhalt	9.535	13.240	1.550	4.008	4.405	4.457
Thüringen	10.274	10.896	2.570	4.773	4.405	4.046
Ostdeutschland	67.389	90.136	23.134	55.117	50.688	51.257

Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, Statistisches Bundesamt: Baugenehmigungen/ Baufertigstellungen – Lange Reihen z. T. ab 1949;

\*Fortschreibung der Baufertigstellungen des Bundes und der Länder

Amtliche Ergebnisse zur Zahl der Wohnungsleerstände wurden zuletzt als Vollerhebung für das Jahr 2011 mit den Ergebnissen des Zensus 2011 veröffentlicht. Die folgende Tabelle zeigt die Leerstandsquoten in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Die Ergebnisse des Zensus 2022 werden voraussichtlich im Frühjahr 2024 durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlicht.

Tabelle 14: Wohnungsleerstand in Wohn- und Nichtwohngebäuden in den ostdeutschen Bundesländern 2011

Land	Anteil leerstehender Wohnungen an allen Wohnungen in Prozent 2011
Berlin	3,4
Brandenburg	5,7
Mecklenburg-Vorpommern	6,0
Sachsen	9,9
Sachsen-Anhalt	9,3
Thüringen	6,9
Ostdeutschland	7,0

Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, Statistisches Bundesamt: Zensus 2011, Gebäude- und Wohnungszählung, Stand: 28. Mai 2014

30. Wie haben sich die Kennzahlen bezüglich der Miet- und Wohnkosten seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Durchschnittliche Erst- und Wiedervermietungsrenten inserierter Wohnungen (Angebotsrenten) liegen als konsistente Zeitreihe ab dem Jahr 2010 vor. Demnach hatte Ostdeutschland im Jahr 2022 durchschnittliche Erst- und Wiedervermietungsrenten von 8,71 Euro je m<sup>2</sup> nettokalt. Berlin prägt hier mit dem großen Mietwohnungsbestand den Durchschnittswert. Ohne Berlin lag der Durchschnitt in den ostdeutschen Flächenländern bei 6,91 Euro je m<sup>2</sup>.

Tabelle 15: Erst- und Wiedervermietungsrenten inserierter Wohnungen in den ostdeutschen Bundesländern 2010 und 2022

Land	Erst- und Wiedervermietungsrenten in Euro je m <sup>2</sup> nettokalt	
	2010	2022
Berlin	6,07	12,91
Brandenburg	5,58	8,20
Mecklenburg-Vorpommern	5,38	7,50
Sachsen	4,95	6,55
Sachsen-Anhalt	4,87	6,19
Thüringen	5,18	6,74
Ostdeutschland	5,40	8,71
Ostdeutschland ohne Berlin	5,12	6,91

Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, IDN ImmoDaten GmbH, microm Wohnlagen

Anmerkungen: Angebotsrenten ohne Nebenkosten im Bestand und Neubau für unmobilierte Wohnungen mit 40 bis 100 m<sup>2</sup> Wohnfläche, mittlere Wohnungsausstattung, mittlere bis gute Wohnlage, basierend auf im Internet veröffentlichten Wohnungsinseraten von Immobilienplattformen und Zeitungen.

Über das Zusatzprogramm „Wohnen“ des Mikrozensus 2022 wurden zuletzt Nettokaltrenten aus bestehenden Mietverhältnissen (Bestandsrenten) abgefragt. Demnach lag in Ostdeutschland die durchschnittliche Nettokaltrente bei 6,60 Euro je m<sup>2</sup>. Die ostdeutschen Flächenländer hatten eine durchschnittliche Nettokaltrente von 6 Euro je m<sup>2</sup>. Die Mietbelastung, bezogen auf die Nettokaltrente, lag in Ostdeutschland bei 21 Prozent, in den ostdeutschen Flächenländern bei 20,2 Prozent. Aufgrund von Änderungen bei der Erhebung und Hochrechnung im Mikrozensus sind keine Zeitreihenvergleiche der Ergebnisse zu früheren Erhebungen möglich.

Tabelle 16: Durchschnittliche Nettokaltmieten und Mietbelastungsquoten in den ostdeutschen Bundesländern 2022

Land	Nettokaltmiete in Euro je m <sup>2</sup>	Mietbelastungsquote net- tokalt in Prozent
	2022	
Berlin	8,0	22,6
Brandenburg	6,5	21,2
Mecklenburg-Vorpommern	6,2	21,5
Sachsen	5,9	19,2
Sachsen-Anhalt	5,6	20,3
Thüringen	5,9	20,3
Ostdeutschland	6,6	21,0
Ostdeutschland ohne Berlin	6,0	20,2

Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, Statistisches Bundesamt: Sonderauswertung des Mikrozensus 2022 – Wohnsituation

Anmerkungen: Hauptmieterhaushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime); Mietbelastung: Durchschnittlicher Anteil der Nettokaltmiete eines Haushalts am Haushaltsnettoeinkommen.

Ein Vergleich mit Ergebnissen aus früheren Mikrozensususerhebungen ist aufgrund methodischer Änderungen nicht möglich.

Die folgende Tabelle zeigt die durchschnittlichen Kaufpreise von gebrauchten freistehenden Ein- und Zweifamilienhäusern und gebrauchten Eigentumswohnungen bei Wiederverkauf der Jahre 2010 und 2020 in den ostdeutschen Bundesländern, basierend auf den notariellen Informationen der Kaufverträge.

Tabelle 17: Durchschnittliche Kaufpreise bei Wiederverkauf in den ostdeutschen Bundesländern 2010 und 2020

Land	freistehende Ein- und Zwei- familienhäuser		Eigentumswohnungen	
	2010	2020	2010	2020
	Kaufpreise in Euro je m <sup>2</sup> Wohnfläche (Median)			
Berlin	1.770	4.250	1.210	3.730
Brandenburg	1.160	1.680	970	1.550
Mecklenburg- Vorpommern	950	1.870	940	1.550
Sachsen	910	1.410	830	1.090
Sachsen-Anhalt	710	960	600	870
Thüringen	820	1.070	650	920

Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, Arbeitskreis der Oberen Gutachterausschüsse, Zentralen Geschäftsstellen und Gutachterausschüsse in der Bundesrepublik Deutschland (AK OGA): Immobilienmarktberichte Deutschland 2011 und 2021

31. Wie hat sich die Zahl der Stiftungen und Förderprogramme für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

32. Wie hat sich die Zahl der Beratungsstellen für Berufsberatung und Berufsorientierung seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Das Angebot der Berufsberatung wird gemäß den §§ 29 ff. SGB III bundesweit für alle jungen Menschen von den Agenturen für Arbeit vorgehalten. Dies sind nach Kenntnisstand der Bundesagentur für Arbeit in den ostdeutschen Bundesländern:

Tabelle 18: Anzahl der Agenturen für Arbeit in den ostdeutschen Bundesländern 2010, 2012 und 2023

Anzahl der Agenturen für Arbeit	12.2010	12.2012	10.2023
Berlin	3	3	3
Brandenburg	5	5	5
Mecklenburg-Vorpommern	4	4	5
Sachsen	10	10	11
Sachsen-Anhalt	8	7	4
Thüringen	7	6	4

Eine Auswertung auf Liegenschaft-, Standort- oder Geschäftsstellenebene ist systemtechnisch nicht valide möglich. Zahlen zu den Jahren 1990 und 2000 sind im derzeit genutzten System zum Personalberichtswesen nicht hinterlegt.

Die ausgewiesenen Reduzierungen bzw. Erhöhungen der Anzahl der Agenturen für Arbeit sind jeweils auf Umstrukturierungen zurückzuführen.

33. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung das Angebot des ÖPNV in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und 2020 sowie getrennt nach Bundesländern angeben)
- die genutzten Schienenkilometer im Nahverkehr,
  - die genutzten Schienenkilometer im Fernverkehr,
  - die genutzten Schienenkilometer im Güterverkehr,

Die erbetenen Angaben zu den Fragen 33a bis 33c sind der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen. Diese ist unter den folgenden Maßgaben zu lesen: Die abgerechneten Trassenkilometer bilden die Grundlage für die Auswertung; zu den genutzten Schienenkilometern je Verkehrsart und Land liegen die Daten erst ab dem Jahr 2006 vor, daher wurde dieses Jahr ergänzt.

Tabelle 19: Entwicklung genutzter Schienenkilometer nach Verkehrsart in Mio. Trassenkilometern in den ostdeutschen Bundesländern 2006, 2010 und (DB Netz AG inklusive Regio Netz Infrastruktur GmbH)

Entwicklung genutzter Schienenkilometer nach Verkehrsart in Mio. Trassenkilometern DB Netz AG (inkl. RNI)				
Verkehrsart	Land	2006	2010	2020
Nahverkehr	Berlin	36,19	32,88	36,66
	Brandenburg	34,39	32,75	35,10
	Mecklenburg-Vorpommern	16,04	15,88	15,83
	Sachsen	33,92	35,08	36,86
	Sachsen-Anhalt	26,19	25,81	26,05
	Thüringen	21,19	21,20	21,07
Fernverkehr	Berlin	2,40	2,82	2,65
	Brandenburg	7,59	8,09	8,36
	Mecklenburg-Vorpommern	3,56	3,48	3,68
	Sachsen	3,75	3,29	3,18
	Sachsen-Anhalt	7,33	7,76	8,32
	Thüringen	3,33	3,42	3,82
Güterverkehr inkl. Rest (im wesentlichen Bauverkehre)	Berlin	1,35	1,94	1,68
	Brandenburg	14,31	17,10	17,05
	Mecklenburg-Vorpommern	4,93	5,10	4,28
	Sachsen	9,07	9,53	9,75
	Sachsen-Anhalt	14,39	15,50	16,42
	Thüringen	5,39	5,20	4,70

d) die Länge des Streckennetzes der Eisenbahnen,

Die Entwicklung der Streckenlänge für die Jahre 1995, 2000, 2010 und 2020 in den ostdeutschen Bundesländern sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Der früheste auswertbare Zeitpunkt ist der 1. Dezember 1995.

Tabelle 20: Länge des Streckennetzes im Schienenverkehr in den ostdeutschen Bundesländern in den Jahren 1995, 2002, 2010 und 2020

Stichtag	1995 <sup>1)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2010 <sup>3)</sup>	2020 <sup>4)</sup>
Land	Betriebslänge [in km]	Betriebslänge [in km]	Betriebslänge [in km]	Betriebslänge [in km]
Brandenburg	3.264	2.901	2.479	2.355
Berlin	427	595	581	584
Mecklenburg-Vorpommern	1.872	1.725	1.364	1.308
Sachsen	3.116	2.803	2.188	2.122

Stichtag	1995 <sup>1)</sup>	2000 <sup>2)</sup>	2010 <sup>3)</sup>	2020 <sup>4)</sup>
Land	Betriebslänge [in km]	Betriebslänge [in km]	Betriebslänge [in km]	Betriebslänge [in km]
Sachsen-Anhalt	2.753	2.510	1.933	1.874
Thüringen	1.983	1.813	1.358	1.419

Quellen:

1) Streckendatenbank (STREDA), 01.12.1995.

2) STREDA, 30.11.2000.

3) Infrastrukturkataster (ISK) 2010 gem. Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV), Streckenmerkmalsliste (SML), 30.11.2010.

4) ISK 2020 gem. LuFV, SML, 30.11.2020.

e) die Zahl der Bahnhaltedpunkte und Bahnhöfe,

Die Anzahl der Stationen in den ostdeutschen Bundesländern kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 21: Anzahl der Stationen in den ostdeutschen Bundesländern für die Jahre 2001, 2010 und 2020

Land	2001	2010	2020
Berlin	131	133	133
Brandenburg	346	316	310
Mecklenburg-Vorpommern	205	204	179
Sachsen	492	405	400
Sachsen-Anhalt	398	320	292
Thüringen	306	299	280
Summe	1.878	1.677	1.594

f) die Zahl der beförderten Personen im Busverkehr,

g) die Zahl der Busverbindungen,

h) die Zahl der Bushaltestellen?

Hierzu liegen der Bundesregierung liegen aufgrund der Zuständigkeit der Länder und Kommunen keine Daten vor.

34. Welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung für den Ausbau des Schienennetzes in Ostdeutschland, und bis wann werden die entsprechenden Projekte ausgeführt?

Bezüglich der Aus- und Neubaumaßnahmen des Bedarfsplans Schiene wird auf den vorliegenden Verkehrsinvestitionsbericht (Bundestagsdrucksache 20/7000) verwiesen. Über den Bedarfsplan hinaus wurden zur Förderung des Strukturwandels in den Kohleregionen bislang 21 Schienenvorhaben in Ostdeutschland von Bund und Ländern mit einem Volumen von rund 3,4 Mrd. Euro mit Umsetzung bis 2038 beschlossen. Die Vorhaben befinden sich überwiegend in einem sehr frühen Planungsstadium. Für zwei Vorhaben konnte im Jahr 2023 eine Baufinanzierungsvereinbarung abgeschlossen werden.

35. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung besondere Defizite im ÖPNV in Ostdeutschland, und wie möchte sie diesen begegnen?

Der ÖPNV ist Aufgabe der Länder und Kommunen. Der Bund unterstützt die Länder dabei finanziell in erheblichem Maße. Insgesamt muss der ÖPNV digitaler und effizienter organisiert werden. Während in städtischen Regionen der ÖPNV in der Regel gut ausgebaut ist, bedarf es in dünn besiedelten ländlichen Räumen meist weiterer angepasster, bedarfsgerechter Angebote.

36. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung der durchschnittlichen Länge von Schulwegen in Ostdeutschland seit 1990
- für Grundschul Kinder,
  - für Kinder in weiterführenden Schulen?

Hierzu liegen der Bundesregierung aufgrund der Zuständigkeit der Länder bzw. Kommunen keine Daten vor.

37. Gibt es bei Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland Unterschiede bezüglich der psychischen Gesundheit und dem Zugang zu Hilfsangeboten und Beratungsstellen im Vergleich mit Westdeutschland?

Es liegen nur wenige Daten zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Ost-West-Vergleich vor. Eine Studie aus dem Jahr 1998 findet kaum relevante Unterschiede (Döpfner et al. 1998). Eine Analyse von Daten der Studie zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland (KiGGS) zeigt, dass 1989 geborene Jugendliche aus Familien mit DDR-Sozialisation in den Jahren 2003 bis 2006 unabhängig vom familiären Sozialstatus ein höheres Risiko geringerer personaler Ressourcen aufwiesen als Jugendliche aus Familien in der damaligen Bundesrepublik Deutschland (15 Prozent vs. 10 Prozent). 25 Jahre (2014 bis 2017) nach der Wende war dieser Befund nicht mehr erkennbar. Während die Unterschiede zwischen Ost und West im Zeitverlauf abnehmen, nimmt die Bedeutung der sozioökonomischen Lage der Familien für die personalen Ressourcen der Jugendlichen insgesamt jedoch zu und zwar zuungunsten derer mit niedrigem sozioökonomischen Status (Schmidtko et al. 2022).

Hinsichtlich der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung ist ausweislich der aktuellen Daten der Bedarfsplanungsumfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (Stand: 31. Dezember 2022) kein Ost-West-Gefälle festzustellen. Für die Fachgruppe der Psychotherapeuten wurde in keinem Planungsbereich Unterversorgung oder drohende Unterversorgung festgestellt. Für die Fachgruppe der Kinder- und Jugendpsychiater wurde bundesweit nur in einem Planungsbereich in Thüringen Unterversorgung festgestellt; drohende Unterversorgung wurde in insgesamt drei Planungsbereichen festgestellt, die Bayern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt betreffen.

38. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die soziale Teilhabe von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien in Ostdeutschland zu fördern, und wie bewertet sie den aktuellen Stand der sozialen Gerechtigkeit in dieser Region?

Soziale Teilhabe ist ein wesentlicher Teil eines gesunden und guten Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen in den ost- und westdeutschen Bundesländern. Die Herstellung sozialer Teilhabe ist der Bundesregierung daher ein zen-

trales Anliegen, dem mit zahlreichen bestehenden und geplanten Maßnahmen entsprochen wird. Dabei werden Kinder- und Jugendliche sowie junge Heranwachsende der gesamten Bundesrepublik in den Blick genommen.

So unterstützt das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Familien, die insbesondere aufgrund von geringem oder nicht vorhandenem Einkommen auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die Bürgergeld oder Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erhalten oder deren Eltern den Kinderzuschlag oder Wohngeld oder Asylbewerberleistungen beziehen, werden mit den verschiedenen Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets gefördert. So wird für die soziale und kulturelle Teilhabe in der Gemeinschaft (zum Beispiel für die Mitgliedschaft in einem Sportverein) monatlich ein pauschaler Betrag von 15 Euro gewährt, sofern Aufwendungen entstehen. Die Leistungen umfassen auch Kosten für Klassenfahrten, Schülerbeförderung, Lernförderung (Nachhilfe) oder die Mittagsverpflegung in Kita und Schule. Für den persönlichen Schulbedarf erhalten Familien mit geringem Einkommen zudem 174 Euro (2024: 195 Euro) pro Kind und Schuljahr. Diese Regelungen gelten bundesweit einheitlich.

Träger der Bedarfe für Bildung und Teilhabe sind die Kommunen bzw. die Länder. Sie entscheiden, auf welche Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Einzelfall einen Anspruch haben und wissen, welche Angebote vor Ort verfügbar sind.

Die Bundesregierung hat zur weiteren Stärkung der sozialen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am 27. September 2023 den vom BMFSFJ vorgelegten Gesetzentwurf zur Einführung einer Kindergrundsicherung beschlossen. Mit der Kindergrundsicherung sollen Armutsrisiken für Kinder besser vermieden und verdeckter Armut entgegengewirkt werden, vor allem indem mehr Familien und Kinder mit Unterstützungsbedarf als bisher erreicht werden. Insbesondere sollen durch die Kindergrundsicherung bessere Chancen auf Bildung und soziale Teilhabe für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, beispielsweise indem die pauschalierten Teile des BuT (15 Euro für soziale sowie kulturelle Aktivitäten und 174 Euro für den persönlichen Schulbedarf) als automatische Antragsleistung (Antragsfiktion) in die Kindergrundsicherung überführt werden. Zusätzlich soll in den kommenden Jahren ein eigenes digitales Kinderchancenportal aufgebaut werden.

Mit Inkrafttreten des Kinderförderungsgesetzes 2013 wurde der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag gesetzlich verankert. Der Bund unterstützt die Bemühungen der Länder und Kommunen allen Kindern eine bedarfsgerechte Betreuung anbieten zu können mit den Bundesinvestitionsprogrammen „Kinderbetreuungsfinanzierung“. Seit 2008 konnten so insgesamt 5,4 Mrd. Euro für den bundesweiten Kita-Ausbau bereitgestellt werden.

Neben dem 4. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ läuft aktuell noch das 5. Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2020 – 2021“, mit dem neben dem bedarfsgerechten Ausbau von zusätzlichen 90.000 Betreuungsplätzen auch Neubau-, Ausbau- und Erhaltungsmaßnahmen sowie notwendige Ausstattungsinvestitionen gefördert werden.

Um Familien bundesweit bei den Kostenbeiträgen zu entlasten, besteht die Pflicht, Elternbeiträge zu staffeln; zudem müssen Familien, die Kinderzuschlag, Wohngeld, Arbeitslosengeld oder andere Leistungen nach dem SGB II, dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, keine Elternbeiträge bezahlen (§ 90 Abs. 3 und 4 SGB VIII).

Neben der materiellen Lage der Familie des Kindes gibt es weitere wichtige Armutsfaktoren, die zu sozialer Benachteiligung führen: Soziale Teilhabe und Zugänge zu Bildungsangeboten sowie zu sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Dienstleistungen sind für ein gesundes Aufwachsen von Kindern ebenso wichtig. Der im Juli 2023 von der Bundesregierung beschlossene Nationale Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ stellt daher Vernetzung, Niedrigschwelligkeit und Beteiligung als wirksame Instrumente zur Verwirklichung von Zugängen heraus.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 6 und 15 verwiesen.

39. Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Zur Beantwortung der Frage verweist die Bundesregierung auf die Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Die Datenlage für die Jugendarbeitslosigkeit (15 bis unter 25 Jahre) in Ostdeutschland liegt seit 1993 vor. Diese hat sich seit 1990 auf unterschiedliche Weise entwickelt. In den 1990er Jahren stieg sie stark an; fällt aber seit 2006 kontinuierlich.

Tabelle 22: Jugendarbeitslosigkeit in den ostdeutschen Bundesländern 1993, 2000, 2010 und 2023

Land/Jahr	1993	2000	2010	10.2023
Ostdeutschland	13,5 %	17,0 %	11,3 %	7,4 %
Berlin	13,8 %	19,4 %	14,4 %	9,0 %
Brandenburg	12,6 %	16,7 %	11,3 %	6,3 %
Mecklenburg-Vorpommern	14,0 %	16,9 %	11,5 %	8,2 %
Sachsen-Anhalt	14,3 %	18,6 %	11,1 %	7,8 %
Sachsen	11,2 %	15,8 %	11,0 %	6,5 %
Thüringen	13,0 %	14,3 %	8,3 %	6,6 %

40. Wie hat sich die Zahl junger Menschen ohne Schul- oder Ausbildungsabschluss seit 1990 in Ostdeutschland entwickelt (bitte für die Jahre 1990, 2000, 2010 und den aktuellsten verfügbaren Datenpunkt sowie getrennt nach Bundesländern angeben)?

Zur Beantwortung wird auf die nachfolgende Tabelle verwiesen.

Zur Erläuterung der Daten wird auf Folgendes hingewiesen:

Der Mikrozensus, dem die Daten zur Beantwortung entnommen wurden, wurde in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin-Ost erstmals in 1991 erhoben.

Der Nachweis von Personen ohne abgeschlossene Schul- bzw. Berufsausbildung erfolgt für Geringqualifizierte, d. h. Personen mit Abschlüssen der ISCED-Stufen 1 und 2. Hierbei erfolgt ein kombinierter Nachweis der Merkmale höchster allgemeiner Schulabschluss und höchster beruflicher Bildungs- oder Hochschulschulabschluss. Es werden damit Personen ohne allgemeinen Schulabschluss oder maximal mit einem Hauptschul- oder Realschulabschluss nachgewiesen, die gleichzeitig keinen berufsqualifizierten Bildungsabschluss besitzen.

Für die Festlegung der Gruppe „junge Menschen“ wurde die Altersabgrenzung 20 bis 25 Jahre gewählt, da der Mikrozensus, dem die Daten entstammen, die Fragen zum allgemeinen Schulabschluss nur an Personen stellt, die keine allge-

meinbildende Schule mehr besuchen und zudem für Personen bis 18 Jahren eine (Teilzeit-)Schulpflicht besteht.

Tabelle 23: Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 20 bis 25 Jahren in den ostdeutschen Bundesländern, Anzahl in 1000

<b>Bildungsstand der Bevölkerung im Alter von 20-25 Jahren, Anzahl in 1000</b>								
	1991		2000		2010		2022	
		Davon		Davon		Davon		Davon
<b>Land</b>	Alle Bildungsbereiche zusammen	<b>ISCED ½</b> (Haupt-)schulabschluss/ Mittlere Reife)	Alle Bildungsbereiche zusammen	<b>ISCED 0-2 niedrig</b>	Alle Bildungsbereiche zusammen	<b>ISCED 0-2 niedrig</b>	Alle Bildungsbereiche zusammen	<b>ISCED 0-2 niedrig</b>
Berlin	246	30	204	61	224	63	201	38
Brandenburg	163	7	154	28	148	28	101	27
Mecklenburg-Vorpommern	124	/	118	21	108	19	70	17
Sachsen	293	9	260	40	276	47	181	34
Sachsen-Anhalt	190	9	141	30	140	34	95	24
Thüringen	173	6	150	23	141	22	91	21

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis) 2023, Ergebnisse des Mikrozensus.

41. Welche Programme und Initiativen gibt es, um die Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern zu bekämpfen und die Beschäftigungschancen junger Menschen zu verbessern?

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Aus- und Weiterbildungsförderung (kurz: Aus- und Weiterbildungsgesetz), das am 20. Juli 2023 im Bundesgesetzblatt verkündet wurde, wurde u. a. eine Ausbildungsgarantie geschaffen, um allen jungen Menschen ohne Berufsabschluss den Zugang zu einer vollqualifizierenden, möglichst betrieblichen Berufsausbildung zu eröffnen. Diese soll ein Signal an junge Menschen sein, eine duale Ausbildung als Karriereoption wahrzunehmen.

Durch die Ausbildungsgarantie werden auch die Beschäftigungschancen von jungen Menschen in den ostdeutschen Bundesländern verbessert. Durch einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung können ihre Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten nachhaltig verbessert und inländische Fachkräftepotenziale gestärkt werden.

Die Ausbildungsgarantie setzt an den bereits vorhandenen Instrumenten der Ausbildungsförderung an; diese werden angepasst und (ab dem 1. April 2024) durch zusätzliche Fördermöglichkeiten ergänzt. Das Gesamtkonzept zur Ausbildungsgarantie beinhaltet u. a. die Stärkung der beruflichen Orientierung, die Förderung von Mobilität, die Flexibilisierung der Einstiegsqualifizierung sowie (ab dem 1. August 2024) einen Rechtsanspruch auf außerbetriebliche Berufsausbildung. Zudem enthält sie eine Erweiterung der Zielgruppe, die mit einer außerbetrieblichen Berufsausbildung gefördert werden kann, auf junge Menschen, die in einer Region mit einer erheblichen Unterversorgung an Ausbildungsplätzen wohnen. Auch in den ostdeutschen Bundesländern gibt es derzeit Agenturbezirke, die durch eine erhebliche Unterversorgung gekennzeichnet sind.

42. Wie unterstützt die Bundesregierung die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt in Ostdeutschland, insbesondere in Bezug auf die Integration von Migranten und Flüchtlingen vor allem auch in ländlichen Gebieten?

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus fördert zahlreiche Modellprojekte zur Integration in ländlichen Räumen, insbesondere in Ostdeutschland. Hierzu gehören zum Beispiel Flüchtlingshilfsprojekte des Bundesverband Netzwerke von Migrant\*innenorganisationen (BV-NeMO e. V.), dem Dachverband der Migrant\*innenorganisationen (DaMigra e. V.) oder Verband afghanischer Organisationen in Deutschland (VAFO e. V.) und Tür an Tür e. V. Alle Projekte zielen auf die Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Einwanderungsgeschichten.

Die Beauftragte fördert in dieser Legislatur zudem mehrere Modellprojekte zur community-basierten Beratung gegen Rassismus. So unterstützt sie bspw. das Projekt „Aktiv gegen (Alltags)Rassismus! Empowerment, Beratung und Bildung „AntiRaktiv““ beim Dachverband der Migrant\*innenorganisationen in Ostdeutschland e. V. (DaMOst). Ziel des Vorhabens ist es, in verschiedenen Modellstandorten in allen ostdeutschen Bundesländern Anlauf- und Beratungsstellen aufzubauen, in den Menschen, die von Rassismus betroffen sind, Hilfe und Unterstützung finden. Im Fokus des Modellprojekts „Stark gegen Rassismus“ der Citizens For Europe (CFE) gUG steht die Unterstützung und das Empowerment zivilgesellschaftlicher, informeller Gruppen und kleinerer Vereine in ländlichen und strukturschwachen Räumen – vor allem in Ostdeutschland – in ihrem lokalen, ehrenamtlichen Engagement gegen Rassismus und für Vielfalt.

Im Bereich Kultur und kultureller Vielfalt arbeiten Bund, Länder und Kommunen gemeinsam mit einem starken Netzwerk der Kulturinstitutionen, -akteure und -verbände der Zivilgesellschaft einschließlich Migrant\*innenorganisationen zusammen. Aufgrund der Kulturhoheit der Länder sind die Kommunen und Länder sowohl Träger von Kultureinrichtungen als auch Gestalter einer regional eigenständigen und vielfältigen Kulturpolitik. Der Bund gestaltet die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Kultur- und den Medienbereich mit und fördert Kultureinrichtungen und -projekte von nationaler Bedeutung, u. a. die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und das Deutsche Hygienemuseum Dresden, die mit jungen Menschen in ländlichen Räumen partizipative Kulturprojekten z. B. zum Thema Rassismus durchführten.

Einen Überblick über die Kulturförderung des Bundes in Ostdeutschland findet sich hier:

[https://www.kulturstaatsministerin.de/DE/kunst-und-kulturfoerderung/kultureinrichtungen/kulturfoerderung-in-ostdeutschland/kulturfoerderung-in-ostdeutschland\\_node.html](https://www.kulturstaatsministerin.de/DE/kunst-und-kulturfoerderung/kultureinrichtungen/kulturfoerderung-in-ostdeutschland/kulturfoerderung-in-ostdeutschland_node.html).

Ein Überblick über die Kulturförderung des Bundes in ländlichen Räumen, welche wie die gesamte Kulturförderung des Bundes selbstverständlich auch Ostdeutschland umfasst, findet sich hier:

[https://www.kulturstaatsministerin.de/DE/kunst-und-kulturfoerderung/kultur-in-laendlichen-raeumen/kultur-in-laendlichen-raeumen\\_node.html](https://www.kulturstaatsministerin.de/DE/kunst-und-kulturfoerderung/kultur-in-laendlichen-raeumen/kultur-in-laendlichen-raeumen_node.html).

Die Bundesregierung fördert, finanziert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), die Initiative Kulturelle Integration, deren Mitglieder unter anderem das BMI, das BMAS und die Integrationsbeauftragte sind. Unter der Moderation des Deutschen Kulturrates e. V., des Spitzenverbands der Bundeskulturverbände, gemeinsam mit 23 großen Organisationen der Zivilgesellschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Medien, Sozialpartnerinnen und -partnern, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden wurden 15

Thesen zu kultureller Integration mit dem Titel „Zusammenhalt in Vielfalt“ formuliert. Die Thesen sollen den gesellschaftlichen Diskurs fördern, demokratische Werte verteidigen und Vorbehalte abbauen.

Die Bundesregierung (BKM) fördert Diversität und kulturelle Vielfalt in Kultureinrichtungen über das Programm „360° – Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft“ der Kulturstiftung des Bundes (KSB). Mit dem Programm werden bis 2023 insgesamt 39 Kultureinrichtungen darunter acht im Osten Deutschlands mit rund 16 Millionen Euro dabei unterstützt (ca. 3,3 Mio. in Ostdeutschland), sich intensiver mit Migration und kultureller Vielfalt als Zukunftsthemen auseinanderzusetzen. Hierdurch wird ein wichtiger Beitrag zur kulturellen Öffnung bei der Programmgestaltung von Kulturinstitutionen geleistet.

[https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/projekte/transformation\\_und\\_zukunft/detail/360\\_fonds\\_fuer\\_kulturen\\_der\\_neuen\\_stadtgesellschaft.html](https://www.kulturstiftung-des-bundes.de/de/projekte/transformation_und_zukunft/detail/360_fonds_fuer_kulturen_der_neuen_stadtgesellschaft.html)

In Ostdeutschland existieren im 360°-Programm acht Institutionen: Deutsches Hygiene Museum in Dresden, Staatliches Museum für Archäologie in Chemnitz, Theater junge Generation in Dresden, Ernst Abbe Bücherei in Jena, Mecklenburgisches Staatstheater in Schwerin, Museum der bildenden Künste in Leipzig, Kleist Museum in Frankfurt (Oder), Stadtbibliothek Wismar sowie vier weitere in Berlin.

Zudem fördert die Bundesregierung (BKM) mit dem Programm „Kulturelle Vermittlung“ zusätzlich gesamtstaatlich relevante Modellvorhaben im Bereich der kulturellen Vermittlung, Integration und Diversitätsentwicklung mit einer Gesamtsumme von rund 1,5 Millionen Euro jährlich.

Der Bund und das Land Brandenburg unterstützen über die Stiftung Genshagen in Brandenburg den internationalen Austausch zur kulturellen Bildung. Seit 2019 entwickelt das Haus Bastian als Zentrum für kulturelle Bildung der Staatlichen Museen zu Berlin Programme und Projekte zur kulturellen Bildung. Das bis März 2025 bundesgeförderte Projekt „Weg und Hin. Museen erweitern ihre Wirkungsbereiche“ kooperiert mit 70 Schulklassen aus Brandenburg und vermittelt mit pädagogischem Programm die Kunst der Berliner Museumsinsel.

Die Förderung kultureller und gesellschaftlicher Vielfalt einschließlich der Integration von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten stellt im Zusammenhang mit Maßnahmen der ländlichen Entwicklung eine Querschnittsaufgabe dar. Denn Vielfalt, Akzeptanz und ein aktives soziales Miteinander machen ländliche Räume lebenswert und zukunftsfähig. Durch eine entsprechende Schwerpunktsetzung bei Fördermaßnahmen kann hierzu ein Beitrag geleistet werden. Ein Beispiel dafür ist die Fördermaßnahme „Soziale Dorfentwicklung - Starke Gemeinschaften für zukunftsfähige ländliche Räume“ des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus; Bekanntmachung vom 24. Juli 2023), bei der „Vielfalt, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Inklusion leben“ einen von vier Themenschwerpunkten bildet.

Durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ werden in ganz Deutschland Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von Partnerschaften für Demokratie und Landes-Demokratiezentren Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Etwa ein Drittel der 357 Partnerschaften befinden sich in Ostdeutschland.

In Ostdeutschland leisten Jugendverbände wie z. B. die Deutsche Jugendfeuerwehr e. V. einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der Akzeptanz und Unterstützung der Demokratie und tragen zu einer bunten und vielfältigen Gesellschaft bei (ausführlich zur Arbeit von Jugendverbänden siehe Frage 6).

Eine wichtige wissenschaftliche Grundlage für die Integration in ländlichen Räumen bilden die Ergebnisse des Mitte 2021 abgeschlossenen Verbund-Forschungsprojekts „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“, das vom Thünen-Institut für ländliche Räume zusammen mit der Technischen Universität Chemnitz, der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Stiftung Universität Hildesheim durchgeführt wurde. Mit Mitteln aus dem BULEplus wurde am Thema Integration von Geflüchteten untersucht, wie humanitäres Engagement und ländliche Entwicklung erfolgreich verbunden werden können und wie dies von Politik und Zivilgesellschaft positiv beeinflusst werden kann. Ein daraus entwickelter Ratgeber bietet den Kommunen konkrete Handlungsempfehlungen für Integration in ländlichen Räumen.

Im Rahmen der Forschungsbekanntmachung „Ehrenamtliches Engagement in ländlichen Räumen“ (siehe Frage 14) fördert das BMEL darüber hinaus ein Vorhaben, das soziale Bedingungen, Potenziale und Aktivierungsstrategien ehrenamtlichen Engagements für und von Migrantinnen und Migranten in ländlichen Räumen untersucht.

Die gemeinsam von BMFSFJ, BMI und BMEL getragene Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) hat den gesetzlichen Auftrag, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Räumen zu stärken und zu fördern. Ihre Förderprogramme und Beratungsangebote werden von Engagierten, Vereinen und Organisationen im ländlichen Raum Ostdeutschlands in besonderem Maße angenommen. Eine besondere Verbindung mit dem ländlichen ostdeutschen Raum ist auch aufgrund des Sitzes der DSEE in Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) gegeben. Mit verschiedenen Förderprogrammen adressiert die DSEE Projekte, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und sich damit auch an Projekte zur Integration von Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten richten.

Im Rahmen des Wettbewerbs „machen!2023“, der vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland in Kooperation mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt ausgerichtet wird, wurden auch Projektideen ausgezeichnet, die die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt in Ostdeutschland zu fördern beabsichtigen.

**Titel: Berlin Bevölkerung nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %					
		Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25
1990	Insgesamt	3 433 695	270 542	215 115	187 550	375 936	1 049 143	100,0	7,9	6,3	5,5	10,9	30,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1991	Insgesamt	3 446 031	260 763	219 255	189 893	350 720	1 020 631	100,0	7,6	6,4	5,5	10,2	29,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1992	Insgesamt	3 465 748	254 217	222 925	196 567	329 540	1 003 249	100,0	7,3	6,4	5,7	9,5	28,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1993	Insgesamt	3 475 392	245 285	224 222	205 105	312 397	987 009	100,0	7,1	6,5	5,9	9,0	28,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1994	Insgesamt	3 472 009	232 556	225 393	211 275	294 850	964 074	100,0	6,7	6,5	6,1	8,5	27,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1995	Insgesamt	3 471 418	220 388	226 471	216 629	283 892	947 380	100,0	6,3	6,5	6,2	8,2	27,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1996	Insgesamt	3 458 763	209 811	225 635	220 005	277 024	932 475	100,0	6,1	6,5	6,4	8,0	27,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1997	Insgesamt	3 425 759	199 470	221 962	220 253	270 340	912 025	100,0	5,8	6,5	6,4	7,9	26,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1998	Insgesamt	3 398 822	195 028	211 089	218 827	274 040	898 984	100,0	5,7	6,2	6,4	8,1	26,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1999	Insgesamt	3 386 667	194 224	200 462	216 387	282 791	893 864	100,0	5,7	5,9	6,4	8,4	26,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2000	Insgesamt	3 382 169	194 416	188 024	215 405	291 965	889 810	100,0	5,7	5,6	6,4	8,6	26,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2001	Insgesamt	3 388 434	195 121	176 224	215 243	301 931	888 519	100,0	5,8	5,2	6,4	8,9	26,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2002	Insgesamt	3 392 425	196 100	165 994	214 609	309 674	886 377	100,0	5,8	4,9	6,3	9,1	26,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2003	Insgesamt	3 388 477	195 609	157 496	212 922	311 987	878 014	100,0	5,8	4,6	6,3	9,2	25,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2004	Insgesamt	3 387 828	195 096	155 896	204 977	312 067	868 036	100,0	5,8	4,6	6,1	9,2	25,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2005	Insgesamt	3 395 189	195 121	155 153	196 168	313 383	859 825	100,0	5,7	4,6	5,8	9,2	25,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2006	Insgesamt	3 404 037	195 680	156 107	185 027	313 628	850 442	100,0	5,7	4,6	5,4	9,2	25,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2007	Insgesamt	3 416 255	198 173	157 606	174 180	315 440	845 399	100,0	5,8	4,6	5,1	9,2	24,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2008	Insgesamt	3 431 675	202 548	158 597	164 705	317 337	843 187	100,0	5,9	4,6	4,8	9,2	24,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2009	Insgesamt	3 442 675	207 223	159 378	157 141	320 269	844 011	100,0	6,0	4,6	4,6	9,3	24,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2010	Insgesamt	3 460 725	213 213	159 752	156 682	318 158	847 805	100,0	6,2	4,6	4,5	9,2	24,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2011	Insgesamt	3 326 002	215 498	159 496	152 849	297 826	825 669	100	6,5	4,8	4,6	9	24,8
	Dicht besiedelt	3 326 002	215 498	159 496	152 849	297 826	825 669	100	6,5	4,8	4,6	9	24,8
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2012	Insgesamt	3 375 222	222 193	161 525	155 362	296 753	835 833	100	6,6	4,8	4,6	8,8	24,8
	Dicht besiedelt	3 375 222	222 193	161 525	155 362	296 753	835 833	100	6,6	4,8	4,6	8,8	24,8
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2013	Insgesamt	3 421 829	228 038	164 197	158 766	291 288	842 289	100	6,7	4,8	4,6	8,5	24,6
	Dicht besiedelt	3 421 829	228 038	164 197	158 766	291 288	842 289	100	6,7	4,8	4,6	8,5	24,6
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2014	Insgesamt	3 469 849	235 048	169 479	162 120	283 495	850 142	100	6,8	4,9	4,7	8,2	24,5
	Dicht besiedelt	3 469 849	235 048	169 479	162 120	283 495	850 142	100	6,8	4,9	4,7	8,2	24,5
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2015	Insgesamt	3 520 031	243 147	176 647	165 777	277 096	862 667	100	6,9	5	4,7	7,9	24,5
	Dicht besiedelt	3 520 031	243 147	176 647	165 777	277 096	862 667	100	6,9	5	4,7	7,9	24,5
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2016	Insgesamt	3 574 830	253 281	183 651	170 346	276 620	883 898	100	7,1	5,1	4,8	7,7	24,7
	Dicht besiedelt	3 574 830	253 281	183 651	170 346	276 620	883 898	100	7,1	5,1	4,8	7,7	24,7
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2017	Insgesamt	3 613 495	258 312	187 925	172 185	278 177	896 599	100	7,2	5,2	4,8	7,7	24,8
	Dicht besiedelt	3 613 495	258 312	187 925	172 185	278 177	896 599	100	7,2	5,2	4,8	7,7	24,8
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2018	Insgesamt	3 644 826	262 525	191 375	173 539	280 578	908 017	100	7,2	5,3	4,8	7,7	24,9
	Dicht besiedelt	3 644 826	262 525	191 375	173 539	280 578	908 017	100	7,2	5,3	4,8	7,7	24,9
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2019	Insgesamt	3 669 491	264 206	196 143	175 009	283 184	918 542	100	7,2	5,4	4,8	7,7	25
	Dicht besiedelt	3 669 491	264 206	196 143	175 009	283 184	918 542	100	7,2	5,4	4,8	7,7	25
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2020	Insgesamt	3 664 088	263 758	198 102	177 684	276 636	916 180	100	7,2	5,4	4,9	7,6	25
	Dicht besiedelt	3 664 088	263 758	198 102	177 684	276 636	916 180	100	7,2	5,4	4,9	7,6	25
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2021	Insgesamt	3 677 472	263 332	201 217	182 531	278 984	926 064	100	7,2	5,5	5	7,6	25,2
	Dicht besiedelt	3 677 472	263 332	201 217	182 531	278 984	926 064	100	7,2	5,5	5	7,6	25,2
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2022	Insgesamt	3 755 251	264 197	209 683	192 621	289 768	956 269	100	7	5,6	5,1	7,7	25,5
	Dicht besiedelt	3 755 251	264 197	209 683	192 621	289 768	956 269	100	7	5,6	5,1	7,7	25,5
	Mittlere Besiedlungsdichte												

**Titel: Brandenburg Bevölkerung nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %	in %					
		Anzahl	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25		0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	
1990	Insgesamt	2 578 312	240 040	258 437	176 318	250 188	890 563	100,0	9,3	10,0	6,8	9,7	34,5	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1991	Insgesamt	2 542 723	218 430	258 663	179 466	229 766	850 513	100,0	8,6	10,2	7,1	9,0	33,4	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1992	Insgesamt	2 542 651	196 327	260 247	190 157	218 403	828 240	100,0	7,7	10,2	7,5	8,6	32,6	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1993	Insgesamt	2 537 661	174 873	259 230	201 897	209 520	807 272	100,0	6,9	10,2	8,0	8,3	31,8	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1994	Insgesamt	2 536 747	153 064	258 073	212 145	201 171	786 932	100,0	6,0	10,2	8,4	7,9	31,0	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1995	Insgesamt	2 542 042	134 244	256 413	220 992	196 897	770 392	100,0	5,3	10,1	8,7	7,7	30,3	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1996	Insgesamt	2 554 441	119 480	253 248	225 334	197 667	758 638	100,0	4,7	9,9	8,8	7,7	29,7	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1997	Insgesamt	2 573 291	108 948	248 899	229 106	199 997	749 197	100,0	4,2	9,7	8,9	7,8	29,1	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1998	Insgesamt	2 590 375	109 976	233 368	231 394	206 415	742 851	100,0	4,2	9,0	8,9	8,0	28,7	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
1999	Insgesamt	2 601 207	114 777	213 198	230 902	215 899	737 403	100,0	4,4	8,2	8,9	8,3	28,3	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2000	Insgesamt	2 601 962	120 511	191 690	230 606	222 862	727 491	100,0	4,6	7,4	8,9	8,6	28,0	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2001	Insgesamt	2 593 040	124 283	169 034	227 842	228 371	712 749	100,0	4,8	6,5	8,8	8,8	27,5	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2002	Insgesamt	2 582 379	127 529	148 463	223 762	230 902	696 254	100,0	4,9	5,7	8,7	8,9	27,0	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2003	Insgesamt	2 574 521	129 843	132 208	217 585	231 226	679 203	100,0	5,0	5,1	8,5	9,0	26,4	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2004	Insgesamt	2 567 704	131 510	119 660	199 561	230 695	661 114	100,0	5,1	4,7	7,8	9,0	25,7	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2005	Insgesamt	2 559 483	132 583	119 121	178 783	227 928	641 649	100,0	5,2	4,7	7,0	8,9	25,1	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2006	Insgesamt	2 547 772	132 345	122 459	156 131	225 516	621 083	100,0	5,2	4,8	6,1	8,9	24,4	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2007	Insgesamt	2 535 737	132 102	127 575	134 752	223 132	601 970	100,0	5,2	5,0	5,3	8,8	23,7	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2008	Insgesamt	2 522 493	133 137	131 424	116 479	218 181	582 938	100,0	5,3	5,2	4,6	8,6	23,1	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2009	Insgesamt	2 511 525	134 145	134 855	102 811	212 806	566 746	100,0	5,3	5,4	4,1	8,5	22,6	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2010	Insgesamt	2 503 273	135 560	137 101	101 320	197 398	552 464	100,0	5,4	5,5	4,0	7,9	22,1	
	Dicht besiedelt													
	Mittlere Besiedlungsdichte													
2011	Insgesamt	2 453 180	135 436	118 502	103 430	173 103	530 471	100	5,5	4,8	4,2	7,1	21,6	
	Dicht besiedelt	389 021	23 457	17 014	14 310	37 011	91 792	100	6,1	4,4	3,7	9,5	23,7	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 125 203	63 972	57 176	49 406	75 735	246 291	100	5,7	5,1	4,4	6,7	21,9	
2012	Insgesamt	2 449 511	137 081	118 667	108 144	156 116	520 008	100	5,6	4,8	4,4	6,4	21,2	
	Dicht besiedelt	389 055	23 887	17 414	14 928	34 553	90 782	100	6,1	4,5	3,8	8,9	23,3	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 126 535	64 919	57 395	51 971	68 875	243 160	100	5,8	5,1	4,6	6,1	21,6	
2013	Insgesamt	2 449 193	138 956	118 540	113 521	139 909	510 926	100	5,2	4,7	4,4	5,6	19,9	
	Dicht besiedelt	390 113	24 278	17 726	15 664	31 630	89 298	100	6,2	4,5	4	8,1	22,9	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 129 846	66 095	57 400	54 721	62 498	240 714	100	5,9	5,1	4,8	5,5	21,3	
2014	Insgesamt	2 484 826	141 224	120 925	117 660	127 656	507 465	100	5,8	4,9	4,8	5,2	20,7	
	Dicht besiedelt	392 214	24 579	18 440	16 398	28 931	88 348	100	6,3	4,7	4,2	7,4	22,5	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 138 119	67 333	58 723	57 022	58 045	241 123	100	5,9	5,2	5	5,1	21,2	
2015	Insgesamt	2 484 826	144 804	125 250	122 627	123 739	516 420	100	5,8	5	4,9	5	20,8	
	Dicht besiedelt	397 098	25 183	19 272	17 298	27 398	89 149	100	6,3	4,9	4,4	6,9	22,5	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 154 571	69 033	60 880	59 875	57 493	247 281	100	6	5,3	5,2	5	21,4	
2016	Insgesamt	2 494 648	149 310	128 323	125 112	115 648	518 393	100	5,4	4,8	4,9	4,2	19,3	
	Dicht besiedelt	402 053	26 246	20 118	18 068	26 147	90 579	100	6,5	5	4,5	6,5	22,5	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 159 225	71 057	62 157	60 923	53 819	247 956	100	6,1	5,4	5,3	4,6	21,4	
2017	Insgesamt	2 504 040	151 284	131 503	126 334	116 679	525 800	100	6	5,3	5,1	4,7	21	
	Dicht besiedelt	406 869	26 889	21 012	18 801	26 483	93 185	100	6,6	5,2	4,6	6,5	22,9	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 162 749	71 432	63 298	61 562	54 683	250 985	100	6,1	5,4	5,3	4,7	21,6	
2018	Insgesamt	2 511 917	153 162	134 285	126 492	120 581	534 520	100	6,1	5,4	5	4,8	21,3	
	Dicht besiedelt	408 305	27 101	21 460	19 105	27 249	94 915	100	6,6	5,3	4,7	6,7	23,3	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 167 332	72 199	64 558	61 657	56 870	255 284	100	6,2	5,5	5,3	4,9	21,9	
2019	Insgesamt	2 521 893	154 398	137 319	126 855	126 034	544 606	100	6,1	5,5	5	4,9	21,6	
	Dicht besiedelt	487 662	31 629	27 060	24 639	32 654	115 982	100	6,5	5,6	5,1	6,7	23,8	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 264 492	77 859	69 559	64 608	62 947	274 973	100	6,2	5,5	5,1	5	21,8	
2020	Insgesamt	2 537 868	154 858	141 637	132 781	134 726	564 002	100	5,9	5,4	5	4,1	20,3	
	Dicht besiedelt	486 885	30 986	27 417	26 002	33 960	118 367	100	6,3	5,6	5,3	7	24,2	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 275 221	77 980	72 077	67 646	68 271	286 014	100	6,1	5,7	5,3	5,4	22,4	
2021	Insgesamt	2 537 868	154 858	141 637	132 781	134 726	564 002	100	5,9	5,4	5	4,1	20,3	
	Dicht besiedelt	486 885	30 986	27 417	26 002	33 960	118 367	100	6,3	5,6	5,3	7	24,2	
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 275 221	77 980	72 077	67 646	68 271	286 014	100	6,1	5,7	5,3	5,4	22,4	
2022	Insgesamt	2 573 135	155 717	147 803	138 939	141 439	583 898	100	6,1	5,7	5,4	5,5	22,7	
	Dicht besiedelt	495 977	30 779	28 361	27 325	35 286	121 751	100						

**Titel: Mecklenburg-Vorpommern Bevölkerung nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %					
		Anzahl	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25
1990	Insgesamt	1 923 959	190 772	178 861	142 494	192 366	704 493	100,0	9,9	9,3	7,4	10,0	36,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1991	Insgesamt	1 891 657	173 128	175 787	145 875	174 794	669 584	100,0	9,2	9,3	7,7	9,2	35,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1992	Insgesamt	1 864 980	154 009	172 724	152 368	162 823	641 924	100,0	8,3	9,3	8,2	8,7	34,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1993	Insgesamt	1 843 455	135 106	168 809	160 535	153 624	618 074	100,0	7,3	9,2	8,7	8,3	33,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1994	Insgesamt	1 832 298	116 179	168 023	166 995	147 813	599 010	100,0	6,3	9,2	9,1	8,1	32,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1995	Insgesamt	1 823 084	100 371	165 168	172 008	144 886	582 433	100,0	5,5	9,1	9,4	7,9	31,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1996	Insgesamt	1 811 196	87 723	162 055	172 036	146 109	567 923	100,0	4,8	8,9	9,5	8,0	31,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1997	Insgesamt	1 807 799	77 614	156 716	170 936	147 718	552 984	100,0	4,3	8,7	9,5	8,2	30,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1998	Insgesamt	1 798 689	76 386	142 464	169 738	152 551	541 139	100,0	4,2	7,9	9,4	8,5	30,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1999	Insgesamt	1 789 322	77 992	126 252	167 051	159 269	530 564	100,0	4,4	7,1	9,3	8,9	29,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2000	Insgesamt	1 775 703	81 096	107 722	166 120	163 115	518 053	100,0	4,6	6,1	9,4	9,2	29,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2001	Insgesamt	1 759 877	84 170	90 683	162 777	166 650	504 280	100,0	4,8	5,2	9,2	9,5	28,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2002	Insgesamt	1 744 624	86 226	76 496	158 597	168 018	489 337	100,0	4,9	4,4	9,1	9,6	28,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2003	Insgesamt	1 732 226	87 701	65 726	153 027	167 713	474 167	100,0	5,1	3,8	8,8	9,7	27,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2004	Insgesamt	1 719 653	88 635	64 037	138 863	167 151	458 686	100,0	5,2	3,7	8,1	9,7	26,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2005	Insgesamt	1 707 266	88 903	64 721	123 084	166 472	443 180	100,0	5,2	3,8	7,2	9,8	26,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2006	Insgesamt	1 693 754	88 876	66 912	105 355	165 034	426 177	100,0	5,2	4,0	6,2	9,7	25,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2007	Insgesamt	1 679 682	88 493	70 161	88 971	163 335	410 960	100,0	5,3	4,2	5,3	9,7	24,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2008	Insgesamt	1 664 356	88 541	72 605	74 894	158 735	394 775	100,0	5,3	4,4	4,5	9,5	23,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2009	Insgesamt	1 651 216	89 107	73 669	64 534	154 042	381 352	100,0	5,4	4,5	3,9	9,3	23,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2010	Insgesamt	1 642 327	89 958	74 438	63 070	143 590	371 056	100,0	5,5	4,5	3,8	8,7	22,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2011	Insgesamt	1 606 899	89 495	75 040	63 523	129 893	357 951	100	5,6	4,7	4	8,1	22,3
	Dicht besiedelt	470 037	26 868	19 414	15 953	53 507	115 742	100	5,7	4,1	3,4	11,4	24,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	391 864	21 566	17 452	14 624	23 789	63 411	100	5,5	4,5	3,7	7,5	21,3
2012	Insgesamt	1 600 327	90 388	75 120	66 068	117 520	349 096	100	5,7	4,7	4,1	7,3	21,8
	Dicht besiedelt	470 788	27 365	19 681	16 727	49 880	113 653	100	5,8	4,2	3,6	10,6	24,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	391 403	21 810	17 573	15 387	26 946	61 716	100	5,6	4,5	3,9	6,9	20,9
2013	Insgesamt	1 598 505	91 186	75 088	69 706	105 116	341 096	100	5,7	4,7	4,4	6,6	21,4
	Dicht besiedelt	472 197	27 748	19 950	17 924	45 960	111 582	100	5,9	4,2	3,8	9,7	23,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	387 781	21 776	17 389	16 186	23 816	79 167	100	5,6	4,5	4,2	6,1	20,4
2014	Insgesamt	1 589 138	92 257	75 945	72 775	95 236	336 213	100	5,8	4,8	4,6	6	21
	Dicht besiedelt	473 826	28 130	20 398	19 025	42 043	109 596	100	5,9	4,3	4	8,9	23,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	390 126	22 139	17 800	16 907	21 485	78 331	100	5,7	4,6	4,3	5,5	20,1
2015	Insgesamt	1 612 352	94 316	78 365	76 156	90 825	339 662	100	5,9	4,9	4,7	5,6	21,1
	Dicht besiedelt	481 740	29 242	21 553	20 517	40 580	111 932	100	6,1	4,5	4,3	8,4	23,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	391 767	22 489	18 278	17 500	20 014	78 281	100	5,7	4,7	4,5	5,1	20
2016	Insgesamt	1 610 674	95 320	79 961	77 463	83 295	338 039	100	5,8	5	4,8	5,2	20,9
	Dicht besiedelt	484 061	29 575	22 347	21 437	38 083	111 442	100	6,1	4,6	4,4	7,9	23
	Mittlere Besiedlungsdichte	392 089	22 070	18 920	18 242	19 397	78 129	100	5,8	4,8	4,7	4,7	19,9
2017	Insgesamt	1 611 119	95 539	81 552	78 715	82 966	338 772	100	5,9	5,1	4,9	5,2	21
	Dicht besiedelt	486 868	29 985	23 053	22 074	38 647	113 759	100	6,2	4,7	4,5	7,9	23,4
	Mittlere Besiedlungsdichte	391 484	22 682	19 197	18 635	18 121	78 635	100	5,8	4,9	4,8	4,6	20,1
2018	Insgesamt	1 609 675	95 706	83 020	79 018	84 438	342 182	100	6	5,2	4,9	5,3	21,3
	Dicht besiedelt	487 503	29 990	23 523	22 515	39 689	115 717	100	6,2	4,8	4,6	8,1	23,7
	Mittlere Besiedlungsdichte	390 504	22 462	19 656	18 717	18 384	79 219	100	5,8	5	4,8	4,7	20,3
2019	Insgesamt	1 608 138	95 320	84 167	78 929	87 471	345 866	100	5,9	5,4	5,2	5,4	21,5
	Dicht besiedelt	487 255	29 611	23 825	22 496	41 073	117 005	100	6,1	4,9	4,6	8,4	24
	Mittlere Besiedlungsdichte	397 273	22 799	20 483	19 040	19 594	81 916	100	5,7	5,2	4,8	4,9	20,6
2020	Insgesamt	1 610 774	94 661	84 971	79 571	90 845	350 048	100	5,9	5,3	4,9	5,6	21,7
	Dicht besiedelt	485 629	29 028	23 932	22 659	41 989	117 587	100	6	4,9	4,7	8,6	24,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	396 998	22 332	20 565	19 274	20 355	82 526	100	5,6	5,2	4,9	5,1	20,8
2021	Insgesamt	1 611 160	93 695	85 552	81 508	93 418	354 171	100	5,8	5,3	5,2	5,8	22
	Dicht besiedelt	485 686	28 557	20 745	23 291	42 799	118 572	100	5,9	4,9	4,8	8,8	24,4
	Mittlere Besiedlungsdichte	395 427	22 031	20 746	19 578	20 972	83 327	100	5,6	5,2	4,9	5,3	21
2022	Insgesamt	1 628 378	93 262	89 291	85 843	97 260	365 556	100	5,7	5,5	5,3	6	22,5
	Dicht besiedelt	491 559	28 214	25 029	24 877	43 765	121 885	100	5,7	5,1	5,1	8,9	24,8
	Mittlere Besiedlungsdichte	402 514	22 265	21 9									

**Titel: Sachsen Bevölkerung nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %					
		Anzahl	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25
1990	Insgesamt	4 764 301	397 059	374 107	311 866	441 518	1 524 550	100,0	8,3	7,9	6,5	9,3	32,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1991	Insgesamt	4 678 877	364 342	368 229	313 876	407 595	1 454 042	100,0	7,8	7,9	6,7	8,7	31,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1992	Insgesamt	4 640 997	329 686	364 786	325 592	386 947	1 407 011	100,0	7,1	7,9	7,0	8,3	30,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1993	Insgesamt	4 607 660	295 710	358 367	341 810	371 735	1 367 622	100,0	6,4	7,8	7,4	8,1	29,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1994	Insgesamt	4 584 345	260 444	355 522	354 952	361 727	1 332 645	100,0	5,7	7,8	7,7	7,9	29,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1995	Insgesamt	4 566 603	229 826	349 481	365 346	356 276	1 300 929	100,0	5,0	7,7	8,0	7,8	28,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1996	Insgesamt	4 545 702	205 186	342 603	366 574	355 808	1 270 171	100,0	4,5	7,5	8,1	7,8	27,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1997	Insgesamt	4 522 412	185 962	332 538	364 926	356 547	1 239 973	100,0	4,1	7,4	8,1	7,9	27,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1998	Insgesamt	4 489 415	184 451	304 747	362 012	362 531	1 213 741	100,0	4,1	6,8	8,1	8,1	27,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1999	Insgesamt	4 459 686	189 679	272 692	355 898	374 969	1 193 238	100,0	4,3	6,1	8,0	8,4	26,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2000	Insgesamt	4 425 581	197 919	237 553	352 127	384 003	1 171 602	100,0	4,5	5,4	8,0	8,7	26,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2001	Insgesamt	4 384 192	205 174	204 072	344 396	391 248	1 144 890	100,0	4,7	4,7	7,9	8,9	26,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2002	Insgesamt	4 349 059	211 777	175 661	335 975	396 315	1 119 728	100,0	4,9	4,0	7,7	9,1	25,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2003	Insgesamt	4 321 437	216 841	154 137	325 408	395 924	1 092 310	100,0	5,0	3,6	7,5	9,2	25,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2004	Insgesamt	4 296 284	221 481	151 491	298 417	393 931	1 065 320	100,0	5,2	3,5	6,9	9,2	24,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2005	Insgesamt	4 273 754	224 614	155 175	267 168	393 005	1 039 962	100,0	5,3	3,6	6,3	9,2	24,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2006	Insgesamt	4 249 774	226 269	161 942	233 345	390 745	1 012 301	100,0	5,3	3,8	5,5	9,2	23,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2007	Insgesamt	4 220 200	227 057	170 828	201 376	386 410	985 671	100,0	5,4	4,0	4,8	9,2	23,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2008	Insgesamt	4 192 801	229 447	178 089	173 578	378 240	959 354	100,0	5,5	4,2	4,1	9,0	22,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2009	Insgesamt	4 168 732	231 923	182 532	152 646	370 462	937 563	100,0	5,6	4,4	3,7	8,9	22,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2010	Insgesamt	4 149 477	235 469	186 215	150 144	348 282	920 110	100,0	5,7	4,5	3,6	8,4	22,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2011	Insgesamt	4 054 182	235 365	188 228	152 615	315 149	891 357	100	5,8	4,6	3,8	7,8	22
	Dicht besiedelt	1 479 751	94 051	64 802	50 455	148 148	357 450	100	6,4	4,4	3,4	10	24,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	827 153	87 918	75 283	62 484	107 042	333 627	100	5,4	4,6	3,8	8,6	20,5
2012	Insgesamt	4 050 204	238 744	190 505	160 335	293 267	882 851	100	5,9	4,7	4	7,2	21,8
	Dicht besiedelt	1 497 609	97 186	66 601	53 795	144 975	362 557	100	6,5	4,5	3,6	9,7	24,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 023 767	68 534	76 044	65 678	97 177	327 433	100	5,5	4,7	4	8	20,2
2013	Insgesamt	4 046 385	242 612	191 055	170 132	268 978	872 777	100	5,7	5,2	4,4	5,5	20,8
	Dicht besiedelt	1 513 911	100 200	68 108	57 712	138 678	364 698	100	6,6	4,5	3,8	9,2	24,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 618 317	89 743	75 992	69 640	86 274	321 649	100	5,6	4,7	4,3	5,3	19,9
2014	Insgesamt	4 055 274	246 754	194 633	178 509	249 610	869 596	100	6,1	4,8	4,4	5,2	21,4
	Dicht besiedelt	1 533 644	103 127	70 425	61 309	133 259	388 120	100	6,7	4,6	4	8,7	24
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 637 865	92 003	78 229	73 955	78 944	323 131	100	5,6	4,8	4,5	4,8	19,7
2015	Insgesamt	4 084 851	253 547	201 396	187 470	239 512	881 925	100	6,2	4,9	4,6	5,9	21,6
	Dicht besiedelt	1 564 521	107 588	74 476	66 072	130 675	378 911	100	6,9	4,8	4,2	8,4	24,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 642 000	93 943	80 452	77 000	74 592	325 987	100	5,7	4,9	4,7	4,5	19,9
2016	Insgesamt	4 081 308	259 898	209 476	197 070	223 358	889 802	100	6,4	5,1	4,8	5,5	21,8
	Dicht besiedelt	1 591 638	113 013	80 210	71 511	126 049	390 783	100	7,1	5	4,5	7,9	24,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 619 610	94 371	81 734	79 927	66 788	322 520	100	5,8	5,1	4,9	4,1	19,9
2017	Insgesamt	4 077 937	260 853	213 207	198 754	229 786	902 600	100	6,4	5,2	4,9	5,6	22,1
	Dicht besiedelt	1 600 538	113 703	82 617	72 744	129 747	398 811	100	7,1	5,2	4,5	8,1	24,9
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 611 808	94 655	82 551	80 109	68 874	326 189	100	5,9	5,1	5	4,3	20,2
2018	Insgesamt	4 071 971	259 301	217 767	199 207	239 067	914 342	100	6,4	5,4	4,9	5,9	22,5
	Dicht besiedelt	1 664 168	116 498	88 718	77 243	136 194	418 653	100	7	5,3	4,6	8,2	25,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 523 814	89 245	78 837	74 729	68 862	311 673	100	5,9	5,2	4,9	4,5	20,5
2019	Insgesamt	4 056 941	256 079	220 234	202 421	244 262	923 596	100	6,3	5,4	5	6	22,8
	Dicht besiedelt	1 663 942	115 006	90 153	79 014	137 982	422 155	100	6,9	5,4	4,8	8,3	25,4
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 512 764	88 225	79 411	75 561	71 764	314 961	100	5,8	5,3	5	4,7	20,8
2020	Insgesamt	4 043 002	252 373	222 866	207 248	251 715	934 204	100	6,2	5,8	5,4	6,2	21,2
	Dicht besiedelt	1 664 151	112 775	91 397	81 758	140 687	426 817	100	6,8	5,5	4,9	8,5	25,7
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 504 080	86 671	80 324	76 892	74 902	318 969	100	5,8	5,3	5,1	5	21,2
2021	Insgesamt	4 036 152	250 121	233 194	217 914	262 328	963 557	100	6,1	5,7	5,3	6,4	23,6
	Dicht besiedelt	1 695 095	111 520	96 892	87 547	145 615	441 574	100	6,6	5,7	5,2	8,6	26,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	1 515 133	86 712	83 908	80 568	76 943	330 111	100	5,7	5,5	5,3	5,2	21,8
2022	Insgesamt	4 028 524	251 689	234 394	218 819	271 770	971 872	100	6,2	5,9	5,4	6,3	23,9
	Dicht besiedelt												

**Titel: Sachsen-Anhalt Bevölkerung nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %					
		Anzahl	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25
1990	Insgesamt	2 873 957	249 124	228 708	189 003	281 990	948 825	100,0	8,7	8,0	6,6	9,8	33,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1991	Insgesamt	2 823 324	228 330	225 827	188 375	260 951	903 483	100,0	8,1	8,0	6,7	9,2	32,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1992	Insgesamt	2 796 981	207 221	224 074	194 594	246 887	872 776	100,0	7,4	8,0	7,0	8,8	31,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1993	Insgesamt	2 777 935	186 317	221 518	204 404	234 791	847 030	100,0	6,7	8,0	7,4	8,5	30,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1994	Insgesamt	2 759 213	164 473	220 307	213 659	222 722	821 161	100,0	6,0	8,0	7,7	8,1	29,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1995	Insgesamt	2 738 928	143 929	218 261	220 580	213 327	796 097	100,0	5,3	8,0	8,1	7,8	29,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1996	Insgesamt	2 723 620	127 830	214 409	223 315	209 492	775 046	100,0	4,7	7,9	8,2	7,7	28,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1997	Insgesamt	2 701 690	114 140	208 605	223 051	205 849	751 645	100,0	4,2	7,7	8,3	7,6	27,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1998	Insgesamt	2 674 490	111 870	191 105	222 264	207 132	732 371	100,0	4,2	7,1	8,3	7,7	27,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1999	Insgesamt	2 648 737	113 115	171 265	219 152	213 589	717 121	100,0	4,3	6,5	8,3	8,1	27,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2000	Insgesamt	2 615 375	115 880	148 530	216 828	217 468	698 706	100,0	4,4	5,7	8,3	8,3	26,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2001	Insgesamt	2 580 626	118 255	126 785	213 613	221 124	679 777	100,0	4,6	4,9	8,3	8,6	26,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2002	Insgesamt	2 548 911	120 504	108 382	207 981	224 093	660 960	100,0	4,7	4,3	8,2	8,8	25,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2003	Insgesamt	2 522 941	121 231	93 574	201 588	225 499	641 892	100,0	4,8	3,7	8,0	8,9	25,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2004	Insgesamt	2 494 437	121 514	90 717	184 653	224 398	621 282	100,0	4,9	3,6	7,4	9,0	24,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2005	Insgesamt	2 469 716	121 761	91 021	165 192	224 633	602 807	100,0	4,9	3,7	6,7	9,1	24,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2006	Insgesamt	2 441 787	120 675	93 324	143 558	222 903	580 460	100,0	4,9	3,8	5,9	9,1	23,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2007	Insgesamt	2 412 472	119 648	96 916	122 652	219 388	558 604	100,0	5,0	4,0	5,1	9,1	23,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2008	Insgesamt	2 381 872	119 271	99 586	104 925	213 593	537 375	100,0	5,0	4,2	4,4	9,0	22,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2009	Insgesamt	2 356 219	119 069	101 079	90 853	208 714	519 715	100,0	5,1	4,3	3,9	8,9	22,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2010	Insgesamt	2 335 006	119 879	101 292	88 163	195 577	504 911	100,0	5,1	4,3	3,8	8,4	21,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2011	Insgesamt	2 276 736	118 369	100 279	87 392	174 642	480 682	100	5,2	4,4	3,8	7,7	21,1
	Dicht besiedelt	54 892	30 776	22 546	19 159	55 920	128 401	100	5,7	4,1	3,5	10,3	23,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	781 754	39 021	33 570	29 587	56 661	158 839	100	5	4,3	3,8	7,3	20,3
2012	Insgesamt	2 259 393	118 757	100 162	90 426	160 184	469 529	100	5,3	4,4	4	7,1	20,8
	Dicht besiedelt	545 970	31 210	23 070	20 086	54 073	128 439	100	5,7	4,2	3,7	9,9	23,5
	Mittlere Besiedlungsdichte	774 368	39 092	33 435	30 468	51 398	154 303	100	5	4,3	3,9	6,6	19,9
2013	Insgesamt	2 244 577	119 705	99 456	94 376	145 830	459 367	100	5,2	4,7	4,3	5,8	19,9
	Dicht besiedelt	546 202	31 641	23 373	21 123	51 521	127 658	100	5,8	4,3	3,9	9,4	23,4
	Mittlere Besiedlungsdichte	768 895	39 298	33 082	31 809	46 450	150 639	100	5,1	4,3	4,1	6	19,6
2014	Insgesamt	2 235 548	120 897	100 114	98 048	133 112	452 171	100	5,4	4,5	4,4	6	20,2
	Dicht besiedelt	547 837	32 189	23 859	22 154	48 760	126 962	100	5,9	4,4	4	8,9	23,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	796 251	41 651	34 728	34 451	43 546	154 376	100	5,2	4,4	4,3	5,5	19,4
2015	Insgesamt	2 245 470	124 114	103 399	103 410	128 435	459 358	100	5,5	4,6	4,6	5,7	20,5
	Dicht besiedelt	555 633	33 375	25 212	23 884	47 852	130 323	100	6	4,5	4,3	8,6	23,5
	Mittlere Besiedlungsdichte	800 540	42 879	35 936	36 799	42 662	158 276	100	5,4	4,5	4,6	5,3	19,8
2016	Insgesamt	2 236 252	126 241	105 450	104 737	119 259	455 687	100	5,7	4,7	4,7	5,3	20,4
	Dicht besiedelt	556 646	34 599	26 387	24 637	45 940	131 563	100	6,2	4,7	4,4	8,2	23,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	765 013	41 682	34 781	35 632	39 099	150 194	100	5,5	4,6	4,7	5	19,6
2017	Insgesamt	2 223 081	127 354	107 027	104 978	117 555	456 914	100	5,7	4,8	4,7	5,3	20,6
	Dicht besiedelt	559 762	35 422	27 244	25 396	45 921	133 983	100	6,3	4,9	4,5	8,2	23,9
	Mittlere Besiedlungsdichte	758 470	41 791	35 300	35 498	37 111	149 700	100	5,5	4,7	4,7	4,9	19,7
2018	Insgesamt	2 208 321	127 606	108 009	104 723	118 578	458 916	100	5,8	4,9	4,7	5,4	20,8
	Dicht besiedelt	559 191	35 837	27 740	25 832	46 661	136 070	100	6,4	5	4,6	8,3	24,3
	Mittlere Besiedlungsdichte	751 301	41 724	35 551	35 185	37 098	149 558	100	5,6	4,7	4,7	4,9	19,9
2019	Insgesamt	2 194 782	126 664	109 477	103 910	121 487	461 548	100	5,8	4,9	4,9	5,5	21
	Dicht besiedelt	556 430	35 284	28 016	25 867	47 601	136 768	100	6,3	5	4,7	8,6	24,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	842 168	46 907	40 796	39 245	42 965	169 913	100	5,6	4,8	4,7	5,1	20,2
2020	Insgesamt	2 189 253	124 194	111 150	106 449	127 198	468 991	100	5,7	5,1	4,9	5,9	21,6
	Dicht besiedelt	552 980	34 446	28 245	26 817	49 230	138 736	100	6,2	5,1	4,8	8,9	25,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	827 215	45 732	41 303	39 845	44 816	171 686	100	6,3	5,1	4,7	8,7	24,7
2021	Insgesamt	2 186 643	124 498	116 285	112 048	132 215	485 046	100	5,7	5,3	5,1	6,1	22,2
	Dicht besiedelt	561 102	34 605	29 776	28 862	50 431	143 674	100	6,2	5,3	5,1	9	25,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	836 495	46 397	43 768	42 377	47 470	180 912	100	5,6	5,2	5,1	5,7	21,5
2022	Insgesamt	2 180 046	123 496	115 241	110 241	131 314	480 000	100	5,6	5,4	5,2	6,1	22,1
	Dicht besiedelt	560 046	34 496	29 741	28 741	49 741	143 674	100	6,2	5,3	5,1		

**Titel: Thüringen Bevölkerung nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %					
		Anzahl	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25
1990	Insgesamt	2 611 319	230 790	216 908	179 595	253 426	880 719	100,0	8,8	8,3	6,9	9,7	33,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1991	Insgesamt	2 572 069	211 029	215 373	178 593	236 225	841 220	100,0	8,2	8,4	6,9	9,2	32,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1992	Insgesamt	2 545 808	190 642	212 775	184 356	225 220	812 993	100,0	7,5	8,4	7,2	8,8	31,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1993	Insgesamt	2 532 799	170 752	209 374	193 829	216 864	790 819	100,0	6,7	8,3	7,7	8,6	31,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1994	Insgesamt	2 517 776	149 764	207 399	202 634	208 153	767 950	100,0	5,9	8,2	8,0	8,3	30,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1995	Insgesamt	2 503 785	131 077	203 567	209 722	201 474	745 840	100,0	5,2	8,1	8,4	8,0	29,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1996	Insgesamt	2 491 119	116 796	198 515	211 663	198 905	725 879	100,0	4,7	8,0	8,5	8,0	29,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1997	Insgesamt	2 478 148	105 150	191 997	212 230	197 911	707 288	100,0	4,2	7,7	8,6	8,0	28,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1998	Insgesamt	2 462 836	104 042	175 285	210 843	201 081	691 251	100,0	4,2	7,1	8,6	8,2	28,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1999	Insgesamt	2 449 082	106 072	156 571	207 321	208 816	678 780	100,0	4,3	6,4	8,5	8,5	27,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2000	Insgesamt	2 431 255	109 465	136 077	204 913	214 384	664 839	100,0	4,5	5,6	8,4	8,8	27,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2001	Insgesamt	2 411 387	113 423	116 207	200 262	220 862	650 754	100,0	4,7	4,8	8,3	9,2	27,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2002	Insgesamt	2 392 040	116 299	100 251	194 584	224 317	635 451	100,0	4,9	4,2	8,1	9,4	26,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2003	Insgesamt	2 373 157	117 837	87 387	187 891	224 811	617 926	100,0	5,0	3,7	7,9	9,5	26,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2004	Insgesamt	2 355 280	118 668	86 230	171 554	223 731	600 183	100,0	5,0	3,7	7,3	9,5	25,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2005	Insgesamt	2 334 575	118 758	87 645	153 089	220 328	579 820	100,0	5,1	3,8	6,6	9,4	24,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2006	Insgesamt	2 311 140	118 241	90 382	132 980	215 661	557 264	100,0	5,1	3,9	5,8	9,3	24,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2007	Insgesamt	2 289 219	117 942	94 387	113 741	211 659	537 729	100,0	5,2	4,1	5,0	9,2	23,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2008	Insgesamt	2 267 763	117 885	97 342	98 245	205 714	519 186	100,0	5,2	4,3	4,3	9,1	22,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2009	Insgesamt	2 249 882	117 969	98 959	86 010	201 259	504 197	100,0	5,2	4,4	3,8	8,9	22,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2010	Insgesamt	2 235 025	118 914	99 428	84 760	187 863	490 965	100,0	5,3	4,4	3,8	8,4	22,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2011	Insgesamt	2 181 603	118 732	99 931	85 902	170 427	474 992	100	5,4	4,6	3,9	7,8	21,8
	Dicht besiedelt	467 012	26 188	20 697	16 642	50 107	115 634	100	6	4,4	3,6	10,7	24,8
	Mittlere Besiedlungsdichte	813 458	42 102	35 411	31 318	59 964	168 795	100	5,2	4,4	3,9	7,4	20,8
2012	Insgesamt	2 170 460	119 969	100 125	89 024	155 730	464 848	100	5,5	4,6	4,1	7,2	21,4
	Dicht besiedelt	469 020	28 832	20 874	17 516	47 438	114 680	100	6,2	4,5	3,7	10,1	24,5
	Mittlere Besiedlungsdichte	814 351	42 635	35 870	32 414	55 188	166 127	100	5,2	4,4	4	6,8	20,4
2013	Insgesamt	2 160 840	121 780	99 661	93 509	140 398	455 348	100	5,5	4,9	4,4	6	20,8
	Dicht besiedelt	470 851	29 432	21 218	18 683	44 169	113 502	100	6,3	4,5	4	9,4	24,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	812 042	43 284	35 778	34 046	49 841	162 949	100	5,3	4,4	4,2	6,1	20,1
2014	Insgesamt	2 156 759	123 556	100 521	97 258	127 807	449 142	100	5,7	4,7	4,5	5,9	20,8
	Dicht besiedelt	472 395	29 997	21 694	19 750	40 871	112 312	100	6,4	4,6	4,2	8,7	23,8
	Mittlere Besiedlungsdichte	817 165	44 263	36 489	35 785	46 316	162 853	100	5,4	4,5	4,4	5,7	19,9
2015	Insgesamt	2 170 714	127 262	103 860	102 693	123 580	457 395	100	5,9	4,8	4,7	5,7	21,1
	Dicht besiedelt	473 787	30 828	22 967	21 300	39 690	114 785	100	6,4	4,8	4,4	8,3	23,9
	Mittlere Besiedlungsdichte	831 834	46 557	38 060	38 614	46 459	169 890	100	5,6	4,6	4,6	5,6	20,4
2016	Insgesamt	2 158 128	128 598	104 686	103 293	114 054	450 631	100	6	4,9	4,8	5,3	20,9
	Dicht besiedelt	480 539	31 208	23 457	21 731	37 427	113 823	100	6,5	4,9	4,5	7,8	23,7
	Mittlere Besiedlungsdichte	817 773	46 575	37 916	38 338	42 132	164 961	100	5,7	4,6	4,7	5,2	20,2
2017	Insgesamt	2 151 205	129 332	106 183	104 383	113 555	453 453	100	6	4,9	4,9	5,3	21,1
	Dicht besiedelt	483 372	31 685	24 221	22 484	37 633	116 023	100	6,6	5	4,7	7,8	24
	Mittlere Besiedlungsdichte	813 225	46 716	38 233	38 595	42 024	165 588	100	5,7	4,7	4,8	5,2	20,4
2018	Insgesamt	2 143 145	129 555	107 950	104 529	115 622	457 656	100	6,1	5	4,9	5,4	21,4
	Dicht besiedelt	484 348	31 957	24 893	22 653	38 352	117 855	100	6,6	5,1	4,7	7,9	24,3
	Mittlere Besiedlungsdichte	836 124	48 191	40 014	39 825	43 736	171 766	100	5,8	4,8	4,8	5,2	20,5
2019	Insgesamt	2 133 378	128 240	108 980	103 875	118 986	461 071	100	6	5,2	4,9	5,6	21,6
	Dicht besiedelt	483 677	31 637	25 304	22 806	39 317	119 064	100	6,5	5,2	4,7	8,1	24,6
	Mittlere Besiedlungsdichte	870 294	50 581	43 014	41 577	46 845	182 017	100	5,8	4,9	4,8	5,4	20,9
2020	Insgesamt	2 120 237	125 791	110 992	104 257	122 021	463 061	100	5,9	5,2	4,9	5,8	21,8
	Dicht besiedelt	481 647	30 886	25 415	23 111	39 886	119 288	100	6,4	5,3	4,8	8,3	24,8
	Mittlere Besiedlungsdichte	866 113	49 625	43 420	41 651	48 085	182 781	100	5,7	5	4,8	5,6	21,1
2021	Insgesamt	2 108 863	122 925	112 318	105 909	125 380	466 532	100	5,8	5,5	5,1	4,4	20,8
	Dicht besiedelt	491 235	29 947	25 617	23 702	40 763	119 969	100	6,2	5,3	4,9	8,5	25
	Mittlere Besiedlungsdichte	861 286	48 463	43 980	42 298	49 805	184 546	100	5,6	5,1	4,9	5,8	21,4
2022	Insgesamt	2 126 846	121 670	117 723	110 572	130 582	480 547	100	5,7	5,5	5,2	6,1	22,6
	Dicht besiedelt	485 414	29 424	26 602	24 961	41 588	122 575	100	6,1	5,5	5,1	8	

**Titel: Ostdeutsche Bevölkerung inklusive Berlin nach Besiedlungsdichte im Zeitverlauf nach Altersgruppen zum Stichtag 31.12. eines Jahres**

Jahr	Besiedlung	Alter						in %					
		Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25	Insgesamt	0 bis 6	7 bis 12	13 bis 18	19 bis 25	0 bis 25
1990	Insgesamt	18 185 543	1 578 327	1 472 136	1 186 826	1 795 424	5 998 293	100,0	8,7	8,1	6,5	9,9	33,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1991	Insgesamt	17 954 681	1 456 022	1 463 134	1 196 078	1 660 051	5 739 473	100,0	8,1	8,1	6,7	9,2	32,0
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1992	Insgesamt	17 857 165	1 332 102	1 457 531	1 243 634	1 569 820	5 596 193	100,0	7,5	8,2	7,0	8,8	31,2
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1993	Insgesamt	17 774 902	1 206 043	1 441 520	1 307 580	1 498 931	5 417 826	100,0	6,8	8,1	7,4	8,4	30,5
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1994	Insgesamt	17 702 388	1 076 480	1 434 717	1 361 660	1 436 436	5 271 772	100,0	6,1	8,1	7,7	8,1	29,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1995	Insgesamt	17 645 860	959 835	1 419 361	1 405 277	1 396 752	5 143 071	100,0	5,4	8,0	8,0	7,9	29,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1996	Insgesamt	17 590 841	866 826	1 396 465	1 419 527	1 385 005	5 030 132	100,0	4,9	7,9	8,1	7,9	28,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1997	Insgesamt	17 509 099	791 284	1 360 717	1 420 502	1 378 362	4 913 112	100,0	4,5	7,8	8,1	7,9	28,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1998	Insgesamt	17 414 627	781 753	1 258 058	1 415 078	1 403 750	4 820 337	100,0	4,5	7,2	8,1	8,1	27,7
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
1999	Insgesamt	17 334 701	795 859	1 140 440	1 396 711	1 455 333	4 750 970	100,0	4,6	6,6	8,1	8,4	27,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2000	Insgesamt	17 232 045	819 287	1 009 596	1 385 999	1 493 797	4 670 501	100,0	4,8	5,9	8,0	8,7	27,1
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2001	Insgesamt	17 117 556	840 426	883 005	1 364 133	1 530 186	4 580 969	100,0	4,9	5,2	8,0	8,9	26,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2002	Insgesamt	17 009 438	858 435	775 247	1 335 508	1 553 319	4 488 107	100,0	5,0	4,6	7,9	9,1	26,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2003	Insgesamt	16 912 759	869 062	690 528	1 298 421	1 557 160	4 383 512	100,0	5,1	4,1	7,7	9,2	25,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2004	Insgesamt	16 821 186	876 904	668 031	1 198 025	1 551 973	4 274 621	100,0	5,2	4,0	7,1	9,2	25,4
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2005	Insgesamt	16 739 983	881 740	672 836	1 083 484	1 545 749	4 167 043	100,0	5,3	4,0	6,5	9,2	24,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2006	Insgesamt	16 648 264	882 086	691 126	956 396	1 533 487	4 047 727	100,0	5,3	4,2	5,7	9,2	24,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2007	Insgesamt	16 553 565	883 415	717 473	835 672	1 519 364	3 940 333	100,0	5,3	4,3	5,0	9,2	23,8
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2008	Insgesamt	16 460 960	890 829	737 643	732 826	1 491 800	3 836 815	100,0	5,4	4,5	4,5	9,1	23,3
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2009	Insgesamt	16 380 249	899 436	750 472	653 995	1 467 552	3 753 584	100,0	5,5	4,6	4,0	9,0	22,9
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2010	Insgesamt	16 325 833	912 993	758 226	644 139	1 390 868	3 687 311	100,0	5,6	4,6	3,9	8,5	22,6
	Dicht besiedelt												
	Mittlere Besiedlungsdichte												
2011	Insgesamt	15 898 602	912 895	741 476	645 711	1 261 040	3 561 122	100	5,7	4,7	4,1	7,9	22,4
	Dicht besiedelt	6 075 745	416 838	303 969	269 368	642 519	1 634 694	100	6,3	4,6	4	9,6	24,5
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 730 432	254 579	218 804	187 419	330 071	900 963	100	5,4	4,6	4	7	20,9
2012	Insgesamt	15 905 117	927 132	746 104	669 359	1 179 570	3 522 165	100	5,8	4,7	4,2	7,4	22,1
	Dicht besiedelt	6 747 664	430 673	309 165	278 414	627 672	1 645 924	100	6,4	4,6	4,1	9,3	24,4
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 730 444	256 980	220 317	195 918	299 594	972 799	100	5,4	4,7	4,1	6,3	20,6
2013	Insgesamt	15 919 329	942 277	747 997	700 010	1 091 519	3 481 803	100	5,9	4,7	4,4	6,9	21,9
	Dicht besiedelt	6 815 103	441 337	314 572	289 872	603 246	1 649 027	100	6,5	4,6	4,3	8,9	24,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 716 881	260 196	219 641	206 402	266 879	955 118	100	5,5	4,7	4,4	5,7	20,3
2014	Insgesamt	15 974 440	959 736	761 617	725 370	1 018 916	3 464 639	100	5,5	4,9	4,6	5	20
	Dicht besiedelt	6 889 765	453 070	324 295	300 756	577 359	1 655 480	100	6,6	4,7	4,4	8,4	24
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 779 526	267 389	225 969	218 120	248 336	959 814	100	5,6	4,7	4,6	5,2	20,1
2015	Insgesamt	16 118 254	987 190	788 917	758 133	983 187	3 517 427	100	6,1	4,9	4,7	6,1	21,8
	Dicht besiedelt	6 939 810	469 363	340 127	314 848	563 289	1 687 627	100	6,7	4,9	4,5	8,1	24,1
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 820 712	274 901	233 606	229 788	241 220	979 515	100	5,7	4,9	4,8	5	20,3
2016	Insgesamt	16 156 315	1 010 714	807 504	773 719	931 197	3 523 134	100	6,3	5	4,8	5,8	21,8
	Dicht besiedelt	7 076 240	485 554	353 151	324 874	547 479	1 711 058	100	6,9	5	4,6	7,7	24,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 762 095	276 648	234 795	231 833	220 381	983 658	100	5,8	4,9	4,9	4,6	20,2
2017	Insgesamt	16 184 248	1 021 719	823 666	783 665	932 290	3 561 340	100	6,3	5,1	4,8	5,8	22
	Dicht besiedelt	7 142 004	495 306	363 665	332 451	552 910	1 744 332	100	6,9	5,1	4,7	7,7	24,4
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 745 538	276 992	237 762	234 217	216 737	957 778	100	5,8	5	4,9	4,6	20
2018	Insgesamt	16 195 821	1 029 407	837 646	787 055	949 583	3 603 891	100	6,4	5,2	4,9	5,9	22,3
	Dicht besiedelt	7 184 801	501 113	371 608	336 388	562 276	1 771 385	100	7	5,2	4,7	7,8	24,7
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 757 069	279 231	242 330	235 493	224 962	982 016	100	5,9	5,1	5	4,7	20,6
2019	Insgesamt	16 199 653	1 028 129	854 963	787 784	975 219	3 645 966	100	6,4	5,3	4,9	6	22,5
	Dicht besiedelt	7 348 683	508 865	389 066	348 060	580 023	1 826 014	100	6,9	5,3	4,7	7,9	24,9
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 898 041	287 391	252 689	239 199	241 213	1 020 492	100	5,9	5,2	4,9	4,9	20,8
2020	Insgesamt	16 163 795	1 021 665	863 571	797 744	989 046	3 671 028	100	6,3	5,3	4,9	6,1	22,7
	Dicht besiedelt	7 337 195	504 948	392 786	353 719	577 307	1 828 669	100	6,9	5,4	4,8	7,9	24,9
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 880 700	284 787	255 079	241 611	249 842	1 031 319	100	5,8	5,2	5	5,1	21,1
2021	Insgesamt	16 147 618	1 011 377	874 742	816 424	1 011 421	3 713 960	100	6,3	5,4	5,1	6,3	23
	Dicht besiedelt	7 346 449	500 045	397 818	364 101	586 563	1 848 527	100	6,8	5,4	5	8	25,2
	Mittlere Besiedlungsdichte	4 865 239	281 087	256 460									

